Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 916

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42. Dienstag, den 20. Februar 1906. 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Flottenlasten und Arbeiterinteressen.

L. V. Die Sozialdemokratie lehnt die neue Flottenvorlage in erster Linie deshalb ab, weil sie prinzipielle Gegnerin der kapitalistischen Weltpolitik überhaupt ist, zweitens deshalb, weil selbst vom richtig begriffenen Standpunkt bürgerlicher Handels- und Industrieinteressen, vom sozialreformerischen und friedenspolitischen Standpunkt aus die deutsche Flottenpolitik ein vollendeter Nonsens ist, und weil die Festlegung von Flottenbauplänen auf lange Jahre hinaus dem Etatrecht des Reichstags, dem verfassungsmäßigen Grundrecht, geradezu ins Gesicht schlägt. Ein weiterer Grund, der die schroff ablehnende Haltung der Sozialdemokratie stützt, ist die Tatsache, daß die Lasten der ganzen Weltmachtspolitik systematisch auf die Schultern der Armen abgewälzt werden. Wir erklären: wollen die Herrschenden schon einmal die auch für sie selbst schließlich mörderische Weltrüsterei weiter betreiben, so mögen sie auch die Kosten dieses Selbstmords bezahlen! Sind die Vertreter von Handel und Industrie in der Tat so naiv, ernsthaft zu glauben, daß sie durch eine große Kriegsflotte ihr Geschäftsrisiko verringern müssen, so mögen sie die Unkosten dieser Risikoprämie auch aus eignen Mitteln decken! Das Proletariat hat nicht den mindesten Anlaß, die Kosten für die höchst verderblichen Torheiten anderer Klassen zu übernehmen.

Es ist nützlich, sich wieder einmal zu vergegenwärtigen, welche ungeheuren, dem arbeitenden Volke abgenommenen Summen bereits in die deutsche Flotte, dies gemeingefährliche Spielzeug, hineingesteckt worden sind!

Als im Jahre 1897 der Flottentaumel begann, ergab sich aus den dem Reichstage damals vorgelegten amtlichen Nachweisen, daß seit der Reichsgründung die Bevölkerung des Reiches um 27,40, die fortdauernden Ausgaben für die Flotte bis dahin bereits um rund 527 Prozent zugenommen hatten, d. h. um das Neunzehnfache der Bevölkerungszunahme gestiegen waren; entsprechend waren auch die einmaligen Ausgaben gewachsen. Diese Ziffern beziehen sich, wie gesagt, auf die Zeit vor Beginn des eigentlichen Flottentaumels! 1872 betrug der Marineetat (von Reichszinsen und Pensionsfonds abgesehen) 53 230 900 Mk. In der folgenden Zeit sanken die Marineausgaben teilweise auch unter diese Summe herab. Im Etatjahre 1882/83 betrugen sie alles in allem: 36 381 300 Mk., 1884/85 stiegen sie auf 43 400 000 Mk. und 1887/88 auf 52 257 110 Mk. Dann kam die Thronbesteigung Wilhelms II., und nun wuchsen die Kosten rapid. Sie wuchsen bis auf 117 Mill. Mark im Etat für 1897/98 an. Im ganzen waren in den acht Jahren, die dem Regierungsantritt Wilhelms II unmittelbar vorangingen, 385 462 300 Mk. für die Flotte ausgegeben worden, in den 8 Jahren von 1890/91 bis 1897/98 jedoch 685 575 300 Mk.

Und dann erst begann das eigentliche Eilzugstempo in der Flottenrüstung. Es wurden, und zwar ohne die Kosten des Pensionsfonds und ohne die Zinsen der Reichsschuld, soweit diese auf die Marine-Ausgaben fallen, ausgegeben:

1897	114 024 800	Mk.	1901	207 484 200	Mk.
1898	125 566 000	„	1902	217 110 900	„
1899	153 899 100	„	1903	247 266 800	„
1900	156 973 100	„			

Auf dieser Höhe hielt sich dann auch in den folgenden Jahren der Etat. Nun aber sollen — nach dem neuen Flottenplan, der ohne jeden Zweifel, wie bisher jeder derartige „Plan“, nach kürzester Zeit als völlig unzureichend über Bord geworfen werden wird — die Kosten in den nächsten Jahren sich folgendermaßen steigern:

1906	251 800 000	Mk.	1913	327 650 000	Mk.
1907	273 920 000	„	1914	323 050 000	„
1908	286 860 000	„	1915	324 450 000	„
1909	307 350 000	„	1916	324 850 000	„
1910	315 350 000	„	1917	329 850 000	„
1911	320 350 000	„			

Während der Flottenplan von 1900 für den Zeitraum von 1906 bis 1917 eine Gesamtausgabe für die Flotte von 3166 88 Mill. Mk. vorsah, sollen die Kosten nach dem allerneuesten Plan, wie aus der oben gegebenen Tabelle hervorgeht, 3711 Mill. Mk. betragen; das bedeutet ein Mehr von 544 Mill. Mk.

Das ist aber, wie die Leser wissen, den Flottenpatioten auch nicht annähernd genug, und die an den Marinelieferungen finanziell interessierten Flottentreiber haben einen „Petitionssturm“ zu entfachen gewußt, der Regierung und Reichstag veranlassen soll, weit über den Rahmen der „absolut ungenügenden“ neuen Flottenvorlage hinauszugehen; an der Spitze dieser „nationalen Bewegung“ steht das Organ der für die Flotte liefernden westdeutschen Großindustriellen, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, und die „Klägliche Rundschau!“

Stellt man sich vor, welch gewaltiger Nutzen mit den angeführten, für die Flotte aufgewendeten Riesensummen hätte gestiftet werden können, wenn man sie aufgewandt hätte für sozialpolitische Zwecke, etwa für die Inangriffnahme einer Wohnungsreform großen Stils, für Verbesserung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, für Ausbau der Fabrikinspektion, für eine gründliche Hebung der Volksschule, so begreift man, was es mit dem Geschwätz auf sich hat, die Flottenpolitik liege im eigensten Interesse der Arbeiter! Umgekehrt wird ein Schuh daraus: alle die gewaltigen Geldmassen, die in die Flotte hineingesteckt werden, entzieht man der Sozialpolitik, ganz abgesehen davon, daß man schon mit der Art ihrer Aufbringung durch indirekte Steuern und Wucherzölle die Lebenshaltung des Proletariats auf das empfindlichste schmälert, abgesehen weiter von all den zahllosen indirekten Schädigungen, die die Weltmachtspolitik für das Proletariat unvermeidlich im Gefolge hat!

Aber, so wendet man ein, kommen denn nicht die in die Flotte gesteckten Milliarden dem Nationalwohlstand, der Volkswohlfahrt wieder zugute, indem sie Zehntausenden Beschäftigung und damit Lebensunterhalt gewähren? Nur gemach! Erstens fließt nur ein Teil der den Massen abgenommenen Milliarden in Gestalt von Arbeitslöhnen wieder in das Volk zurück, während ein anderer, sehr großer Teil, als Mehrwert, als Profitrate, als Unternehmergewinn in die unergründlich tiefen Taschen der Flottenlieferanten wandert. Man frage nur die Krupp und Konsorten, woher ihre Millionen-Vermögen stammen! Und dann: welch ein vernichtendes Urteil ist es für das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem mit all seinem Widersinn, wenn die Milliarden kostende Produktion von absolut überflüssigen nicht nur, sondern direkt gemeingefährlichen Dingen sich immer noch als eine Art volkswirtschaftlicher „Vorteil“ darstellt! In demselben Sinne ist bekanntlich auch die Produktion der zahllosen unsinnigen Luxuswaren, deren die Reichen „bedürfen“, ein volkswirtschaftlicher „Nutzen“, weil er zahlreichen Arbeitern in der Bijouterie-, Papier- oder Kleiderbranche Beschäftigung gibt! Wie viel ersprießlicher wäre es aber auch rein volkswirtschaftlich, um das auch einmal mit aller Schärfe hervorzuheben, man ließe dem Milliarden dem Volke; dann würden sie auch nicht auf die „hohe Kante“ gelegt, sondern verwandelten sich gleichfalls in Arbeitslohn! Sie flössen dann, von dem Mehrwert abgesehen, den auch hier natürlich, so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, das Unternehmertum einsäckeln würde, den Maurern und Zimmerleuten zu für den Bau gesunder Arbeiterwohnungen, den Textilarbeitern, so daß jeder Mann, jede Frau und jedes Kind aus dem Volke sich gut und warm kleiden könnte, den Bäckern und Metzgern, auf daß jeder Proletarier sich satt esse! Dann hätte man auch „für Beschäftigung gesorgt“, und zwar für nützliche Beschäftigung! Ist es also den Flottenfreunden, die sonst so sehr um das stete Vorhandensein einer großen Reservearmee billiger und williger Arbeitskräfte besorgt sind, wirklich ernst mit ihren beim Flottenrummel betonten Wünsche, durch Vermehrung der Beschäftigungsgelegenheit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: hier ist Rhodus, hier tanzt! Hier wird die Arbeitszeit nicht sinnlos und gefährlich vergeudet, wie beim Flottenbau, hier wird sie nutzbar gemacht für die gesamte Nation!

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Die Würfel sind gefallen; die am Sonnabend abend abgehaltene Holzarbeiter-Versammlung hat einstimmig beschlossen, bis zur Regelung der Differenzen auf den Möbelfabriken von Hintze u. Stech, Demuth u Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess die Arbeit einzustellen. Wie schon in der letzten Nummer dieses Blattes berichtet, suchten die Möbelfabrikanten, welche vor einiger Zeit einen Schutzverbund gegründet haben, sich auf einen Kampf vorzubereiten, nachdem bekannt geworden war, daß die Tischler den Vertrag mit der Innung gekündigt hatten. Wir wurden auf diese Tatsache zuerst durch ein Rundschreiben, welches die Firma Demuth u. Co. an ihre Kunden versandte und das uns am 7. Januar zur Verfügung gestellt wurde, aufmerksam. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Lübeck, im Januar 1906.

Lesen Sie bitte unser Anliegen, wie Sie Ihre Offerten Berücksichtigt wünschen.

Sehr geehrte Firma!

Strikes, Aussperrungen, Boykottierungen, sind in unserer sehr bewegten Zeit leider an der Tagesordnung.

Aller Voraussicht nach wird im Frühjahr dieses Jahres auch im Lübecker Tischlergewerbe ein Lohnkampf entbrennen, da Forderungen zu erwarten sind, die für Industrielle und Gewerbetreibende unerfüllbar sind.

Um unsere geehrten Abnehmer trotzdem gut und rechtzeitig bedienen zu können, richten wir die höfliche Bitte an Sie:

Uns Ihre geschätzten Aufträge für das Frühjahr baldgefälligst nach Eintreffen dieser Nachricht zukommen zu lassen, resp. unsern Vertretern Ihre geschätzten Ordres für die Frühjahrssaison zu baldiger Lieferung aufzugeben.

Für Ihre freundliche Unterstützung nach dieser Richtung hin sagen wir Ihnen im Voraus unsern verbindlichsten Dank und zeichnen unter Zusicherung bester Bedienung

Hochachtungsvoll

F. Demuth u. Co.

Also in den ersten Tagen des Januar, zu einer Zeit, wo die Holzarbeiter über ihre Forderungen noch gar nicht beraten hatten, wurde geschrieben, „daß Forderungen zu erwarten sind, welche für Industrielle und Gewerbetreibende unerfüllbar sind.“ Auch konnte man in allen Betrieben in den letzten Wochen die Wahrnehmung machen, daß mit Hochdruck gearbeitet wurde, um die Lager voll zu bekommen. Alle Plätze wurden besetzt und ist seit Jahren im Monat Januar nicht solche Nachfrage nach Tischlern gewesen, wie gerade dieses Jahr. Auch waren die Fabrikanten unvorsichtig genung, in oft höhnischer Art ihre Arbeiter auf den zum 1. April stattfindenden Streik hinzuweisen. Kurz, alles ließ darauf schließen, daß die Herren nicht den guten Willen hatten, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen, sondern daß es darauf abgesehen war, nach dem Muster der Baugewerksmeister auch den Holzarbeitern eine Niederlage zu bereiten. In der Exportmöbelindustrie beginnt gegenwärtig die gute Konjunktur, wer will es den Holzarbeitern daher verargen, wenn sie dort, wo kein Vertrag besteht, jetzt ihre Forderungen stellen und nicht warten wollen bis zum 1. April, wo das Geschäft abzuflauen beginnt und die Möbelfabrikanten ihre Vorbreitungen getroffen haben.

So fand denn auch der Vorschlag, kurzerhand die Forderungen einzureichen, in der Versammlung der Holzarbeiter am 10 Februar den ungeteilten Beifall der Kollegen und wurde beschlossen, die Antworten bis Freitag den 16. Februar zu erbitten. Anstatt nun mit den Vertretern der Arbeiter, wie diese sich das erboten hatten, Verhandlungen anzubahnen, suchten die Herren auf Umwegen aus der Klemme zu kommen. Die Herren Stech, Demuth und Wasserstradt — Herr Ad. Hess macht in diesem Falle eine rühmliche Ausnahme —, welche sich bisher aufs entschiedenste gesträubt hatten, der Innung beizutreten, fühlten auf einmal das Bedürfnis, an der „Hebung des Handwerks“ mitzuwirken und dieses durch ihre Beitrittserklärung zur Innung zu bekräftigen. Folgendes Schreiben des Obermeisters Herrn Rosenquist an den Gesellenausschuß gibt hiervon Kenntnis. Dasselbe lautet:

Tischler-Innung.

Lübeck, den 13. Februar 1906.

Herr Ehlers,

Vorsitzender des Gesellenausschusses,

Hier.

Die Lohnkommission der Gesellenschaft hat ein einzelne Betriebe Aufforderung ergehen lassen zwecks Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen, unter anderen auch an die Firmen Hintze u. Stech, Wasserstradt und Demuth. Die Inhaber dieser Firmen sind jedoch seit kurzem Mitglied der Innung und können daher Einzelverhandlungen nicht mehr führen. Ich bitte hiervon Notiz nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

C. H. Rosenquist,

Obermeister.

NB. Das Schreiben des Herrn Beeck über die Verhandlungsweise habe ich erhalten, werde dasselbe umgehend dem Vorstande unterbreiten und hoffe ich, daß die Verhandlungen schnellstens beginnen können. D. O.

So fein auch die Sache gedrechselt sein mag, sie hat aber doch noch einen Haken. Nach § 5 und § 7 des Innungsstatuts können nämlich solche Personen, welche das Tischlergewerbe fabrikmäßig betreiben, nur unter Zustimmung der Innungsversammlung in die Innung aufgenommen werden. Wir möchten nun an den Herrn Obermeister die bescheidene Anfrage stellen, wann ist ein solcher Beschluß, obige Firmen in die Innung aufzunehmen, in der Innungsversammlung gefaßt? Ferner: Weshalb fühlen sich die drei angeblichen neuen Innungsmitglieder nicht veranlaßt, den Arbeitsvertrag in ihren Fabrikräumen auszuhängen? Und warum halten die Herren Hintze u. Stech und Gebr. Wasserstradt für ihren Maschinenbetrieb die tarifliche Arbeitszeit nicht inne?

Die Holzarbeiter hatten aus obigen Gründen keine Veranlassung, die Herren als zur Innung gehörend zu betrachten, zumal das ganze Manöver ja nur gemacht ist, um während der Verhandlungszeit die dringendsten Arbeiten fertig zu stellen. Man sollte doch die Arbeiter nicht für allzu dumm halten. Wenn die Herren den Willen gehabt hätten, sich mit den Arbeitern zu verständigen, dann hätten sie wohl in der vorigen Woche verhandelt und nicht die Verhandlung

bis Montag abend hinausgeschoben. Der Innungsvorstand, welcher sich dazu hergab, mit den Möbelfabrikanten, den größten Konkurrenten der Kleinmeister, gemeinsame Sache zu machen, mag ja sehen, wie er jetzt fertig wird. Die Holzarbeiter werden den weiteren Verlauf der Sache mit Ruhe entgegensehen.

Am heutigen Morgen meldeten sich insgesamt 164 Streikende zur Kontrolle.

Die Lohnkommission.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag nahm am Sonnabend die Banknotenvorlage in dritter Lesung debattelos an, führte die Beratung über das Reichsgesundheitsamt debattelos zu Ende, erledigte schnell das Reichspatentamt und begann alsdann mit der Beratung über das Reichsversicherungsamt, die nicht zu Ende geführt wurde. Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt wurden sämtliche Weinresolutionen angenommen. Eine andere Resolution, die ein antisemitisch-ultramontanes-freisinniges Trifolium eingebracht hat und die die Herstellung gesundheitsgefährlicher, im Inlande verbotener Bierkrugdeckel für den Auslandexport gestattet wissen will, gelangte noch nicht zur Abstimmung. Es ist leider zu befürchten, daß diese Resolution, die Genosse Singer gebührend kennzeichnete, angenommen wird. — Beim Reichsgesundheitsamt beleuchtete Genosse Hue in einer trefflichen Rede die Gesundheitsverhältnisse im Ruhrrevier und hielt gegenüber den Ausstellungen des edlen Brüderpaares Beumer-Stöcker seine Ausführungen über die grauenerregenden Zustände auf den Walzwerken und in den Zinkhütten vollinhaltlich aufrecht. Die beiden edlen Kumpane waren nicht anwesend, und die Hilfe, die ihnen die Herren Paasche und Burckhardt brachten, war recht unerheblich. — Beim Kapitel Reichsversicherungsamt geißelte Genosse Körsten die Rentenverweigerungspraxis der Berufsgenossenschaften und den Rentenkürzungsvortrag des famosen Zentrumsmannes Schmedding im Dreiklassenhause, den der Abg. Erzberger, so gut es eben gehen wollte, von seinen Rockschößen abzuschütteln suchte. Sonst zersplitterte sich die Debatte in Einzelheiten. Die Antisemiten wetterten gegen das Impfen. Liebermann riß die urältesten Beschneidungswitze, und der ultramontane Schmidt aus Immenstadt empfahl, nachdem er zuvor von den Adlern seiner heimatlichen Berge geschwärmt hatte, unter allseitigem Beifall seinen Algäuer Rundkäse, wobei er leider unterließ, Proben auf dem Tisch des Hauses niederzulegen. — Zu später Stunde wurde die Beratung auf Montag vertagt.

Gegen die Ansichtspostkartensteuer haben der Bund der Lichtdrucker und Chemigraphen, der Verein deutscher Steindrucker und der Verein deutscher Buchdrucker energisch Stellung genommen und in dringenden Eingaben an den Reichstag um Ablehnung dieses Steuermonstrums ersucht. — Bei dieser Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß, während man in Deutschland diese Steuer einführen will, sie in Italien wieder aufgehoben werden soll, weil sich in den ersten drei Monaten ihres Bestehens eine Mindereinnahme (jedenfalls an Posterträgen) von einer Million Lire ergeben soll. Ob die Reichstagsmehrheit hieraus lernen wird?

Ein unerhörter Zwang zur Unehrenhaftigkeit wird jetzt durch die Behörden in Forst in der Lausitz auf Männer ausgeübt, die bisher auf ein untadelhaftes ehrliches Leben zurückblicken können. Dort ist der verantwortliche Redakteur Genosse Perner der „Märk. Volksst." wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß in Untersuchungshaft gezogen worden und die Staatsanwaltschaft wendet nun das Zeugniszwangsverfahren im allerweitesten Umfange an, um den Verfasser des fraglichen Artikels auch noch ans Messer liefern zu können. Schon berichteten wir davon, daß auch gegen einige Setzer des Blattes zwangsweise vorgegangen und ihnen eine Geldstrafe von je 50 Mk. angedroht worden ist. Jetzt wird gemeldet: In der Untersuchungssache gegen den Redakteur Perner von der „Märk. Volksst." sind vier Setzer in Zeugniszwangshaft genommen, die in der Druckerei beschäftigt sind, in welcher die „Volksstimme" hergestellt wird. — Mit rauher Hand reißt hier die Staatsanwaltschaft die Fetzen herunter, welche die angeblich ideale Gestalt der deutschen Preßfreiheit verhüllen und wir erblicken ein scheußliches Fratzenbild! — Ist es denn nicht genug, daß das deutsche Preßgesetz die Redakteure rechtlich noch unter die Räuber und Spitzbuben stellt, daß es die Zeitungen zwingt, durch Angabe eines sog. „verantwortlichen" Redakteurs der Justiz unter allen Umständen ein Opfer zu übermitteln, während man bei allen Kriminalvergehen dem Täter seine Schuld nachweisen muß? Um darüber hinaus außer der Person, die freiwillig die Verantwortlichkeit für andere übernommen hat, dennoch den eigentlichen Täter mitfassen zu können, sperrt man außerdem hier noch Leute aus dem technischen Personal ein, die einen schweren Vertrauensbruch begehen würden, wollten sie sich ihre Freiheit durch die Angaben erkaufen, welche die Staatsanwaltschaft von ihnen verlangt! Es ist bezeichnend für unsere deutschen Zustände, daß eine Behörde mit derartigen Zumutungen an freie Staatsbürger herantreten kann, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, der die beamteten Akteure in diesem Kulturdrama aus ihren Stellungen hinwegfegt!

Eine heitere Episode aus der Dienstags-Sitzung des Reichstags, die in unserem Berichte nicht enthalten, verdient nachgetragen zu werden. Der nationale Abg. Hagemann, seines Zeichens Landgerichtsrat, hatte aus den Akten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit heißem Bemühen einige Fälle hervorgesucht, wo Kassierer von Gewerkschaften oder sozialdemokratischen Vereinen Vereins- oder Streikgelder unterschlagen haben sollten und brachte diese Fälle in aller Behaglichkeit vor. Da unterbrach der Abg. Bebel den nationalliberalen Redner mit den Worten: „Was hat das mit uns zu tun? Das waren einfach Schwindler und Betrüger! Darauf sagte der nationalliberale Herr Hagemann mit großer Schlagfertigkeit:

„Das Schwindeln und Betrügen, Herr Bebel, überlassen Sie uns gefälligst allein..."

Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten folgte diesen Worten, wodurch die folgenden Worte Hagemanns nicht verständlich wurden. Bebel rief ihm zu: „Recht gern, wir wollen nichts davon!" — Enorme Heiterkeit. Herr Hagemann fuhr fort: „Wenn Sie Einwände machen wollen, hören Sie wenigstens zu, was man sagen wollte. Ich sagte: „zu verantworten." — Und Bebel quittierte: „Herzlich gern!" Trefflicher konnte Herr Hagemann seine Partei nicht kennzeichnen, als er es vorstehend getan.

Die Wahlprüfungskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Protest gegen die Wahl Porzigs. Im Wahlkreise Herzogtum Altenburg fand am 29. April 1904 eine Nachwahl statt, weil der Reichstag bekanntlich das Mandat unseres Genossen Buchwald für ungültig erklärt hatte, weil der Minister — sich gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen hatte. Bei der Nachwahl standen sich der Kompromißkandidat der bürgerlichen Parteien Porzig und unser Genosse Buchwald-Altenburg gegenüber. Ersterer erhielt 18 083, Buchwald 17 427 Stimmen. Gegen die Wahl Porzigs ist Protest erhoben worden. In Trockenborn sind die amtlichen Wahlkuverts mit eingelegten Stimmzetteln ausgegeben worden, ebenso in Großeutersdorf. Die Wahlprüfungskommission kam wegen dieser gesetzlichen Verstöße zur Kassierung der Wahlakte in genannten Orten. Zu demselben Beschlusse kam sie bezüglich der Orte Gennitz und Reinstädt, wo durch eine widergesetzliche Kontrolle das Wahlgeheimnis aufgehoben sei. Eine längere Debatte entspann sich über das Verbot einer Wählerversammlung in Zechau, in der ein Referent in polnischer Sprache sprechen sollte, weil in der nächsten Umgebung Zechaus zirka 900 polnische Wähler wohnen und arbeiten. Das Landratsamt in Altenburg verbot diese Versammlung, weil die Behörde keine überwachende Beamten habe, die der polnischen Sprache mächtig sind. Das herzogliche Ministerium bestätigte das Verbot, gegen das vom Einberufer der Versammlung Beschwerde erhoben worden war. Die Versammlung konnte dann nicht mehr abgehalten werden. Es wurde von verschiedenen Seiten der Protestpunkt für erheblich erachtet, nur solle aus dem altenburgischen Versammlungsgesetz festgestellt werden, ob dieses Gesetz mit § 17 des Wahlgesetzes kollidiere, in dem das Versammlungsrecht der Wähler garantiert ist. Außerdem solle versucht werden, die Wirkung dieses Verbotes durch Eruierung der polnisch sprechenden Wählerschaft in diesem Bezirk zu erforschen. Behufs Vornahme dieser Untersuchungen wurde die Beratung über die Wahl vertagt.

Der deutsch-soziale Bettelbrief, durch den die Eisenacher Wahlkosten für Schack zusammengeschnorrt werden sollen, hat neuerdings seinen Weg durch die ganze Presse gemacht. Er findet selbst bei den Brüdern im Antisemitismus, den Reformern, nicht die richtige Würdigung. Deren neues Organ, die „Hessische Rundschau", schreibt zu der Bemerkung, Schack dürfe nicht in die Lage gebracht werden, die Deckung des Betrages von 2000 Mark für rückständige Wahlschulden „bei einer Stelle zu beantragen, wo er dafür Verpflichtungen irgend welcher Art eingehen müsse": „Kein Politiker kann über den Sinn dieser Bemerkung im Zweifel sein, und wir wollen hoffen, daß es der Opferwilligkeit der erprobten deutschnationalen Handlungsgehilfen gelingt, den besten und tüchtigsten der deutschsozialen Abgeordneten vor dem Schicksal zu bewahren, sich seine Politik von der Leitung des Bundes der Landwirte vorschreiben lassen zu müssen. Für die deutschsoziale Partei (nicht für ihre Mitglieder, aber für ihre politische Führung) bleibt der Vorfall trotzdem charakteristisch, denn man sieht aus dem vorerwähnten Schreiben deutlich, daß diese Partei, wenn das Geld nicht aufgebracht wird, mit der Möglichkeit rechnet, sich die „Deckung" da zu verschaffen, „wo man dafür „Verpflichtungen irgend welcher Art eingehen muß". — Das ist dieselbe Auffassung, die wir von der Sache hatten. Zur Zeit der Wahl galt es allgemein als zutreffend, daß der Bund der Landwirte, dem ja die Herren Raab und Liebermann von Sonnenberg so nahe stehen, einen Teil der Wahlkosten bestritten habe. Herr Schack selbst hat jedoch erklärt, vom Bunde der Landwirte keinen Pfennig zur Wahlagitation erhalten zu haben. Daß mit der bewußten „Stelle", wo Schack eventuell Verpflichtungen eingehen müsse, nicht doch der Bund der Landwirte gemeint ist, wäre natürlich dadurch noch nicht ausgeschlossen.

Bei der Ersatzwahl im 16. sächsischen Reichstagswahlkreise am 13. Februar wurden nach dem amtlichen Ergebnis 51 083 gültige Stimmen abgegeben, davon 31 629 auf den Redakteur Noske-Chemnitz (SD.), 10 397 auf den Kommerzienrat Hermsdorff-Chemnitz (K.) und 9050 auf den Landtagsabgeordneten Günther-Plauen (F.). Noske ist somit gewählt.

Bei den Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt fanden unter außerordentlich starker Wahlbeteiligung statt. Nicht weniger als 87 Prozent gingen zur Urne. Die Gegner hatten unter Führung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie das überhaupt Mögliche aufgeboten. Nicht weniger als 13 Agenten dieses Verbandes machten seit Wochen das Ländchen unsicher und arbeiteten in der denkbar schmutzigsten Weise. Sie stellten die Tatsachen direkt auf den Kopf, Lügen und Verleumdungen gegen unsere Partei und deren Führer waren die Waffen. Unter solchen Umständen darf es nicht verwundern, daß der Mischmasch 1300 Stimmen zunahm, doch auch wir steigerten unsere Stimmen von 5726 auf 6521. Wir siegten in Rudolstadt-Ost (Bloß), Königsee-Stadt (Venter), Königsee Land (Frötscher), Oberweißbach (Finke), Katzhütte (Kaiser), Frankenhausen-Stadt (Böttcher), Schlotheim (Winter). Verloren haben wir den Kreis Rudolstadt-West, wo Genosse Hartmann gegen Fabrikdirektor Richter unterlag. Genosse Hartmann steht nun noch im Leutenberger Kreise in Stichwahl, deren Ausgang noch nicht zu beurteilen ist. Unsere Stimmenzunahme bedeutet selbst gegenüber dem Verlust des einen Mandats einen glänzenden Sieg, denn die Gegner haben durch unglaubliche Wahlschlepperei auch den letzten Mann an die Urne gebracht.

Kleine politische Nachrichten. Staatssekretär v. Tschirschky und Boegendorff hat die Leitung des Auswärtigen Amts übernommen. — Ein internationaler Antimilitaristenkongreß soll im Juni d. J. in Genf abgehalten werden. — Für die im März zu vollziehenden belgischen Kammerwahlen hat die Brüsseler Föderation der belgischen sozialistischen Partei 21 Kandidaten nominiert.

Rußland.

Der Bluthund Gouverneur des Kaukasus. An Stelle des Grafen Woronzow Daschkow, welcher nun definitiv von seinem Posten als Gouverneur des Kaukasus zurücktritt, soll der ehemalige Gouverneur von Petersburg und jetzige Palastkommandant des Zaren General v. Trepow, unter gleichzeitiger Beförderung zum Generaladjutanten des Zaren zum Statthalter des Kaukasus mit außerordentlichen Vollmachten ernannt werden.

Korruption. Die Zeitung „Slowo Wek" (Das Zeitalter) meldet kolossale Defraudationen im Transamurgebiet durch den Befehlshaber General Tschitschagow. Während einer Revision stellte sich ein Defizit von 3 Millionen Rubel heraus. Beispielsweise waren 4000 Halbpelze für die Soldaten dorthin abgesandt; sie haben aber nie ihren Zweck erfüllt, sondern waren für 10 Rubel das Stück verkauft. Tschitschagow wurde zur Aufklärung nach St. Petersburg gerufen, meldete sich aber krank und weilt gegenwärtig im Ausland. Mit anderen Worten: der Schurke hat sich „flüssig" gemacht.

Nanu? Wie aus Lemberg gemeldet wird, erschien eine Dragonerabteilung aus Warschau auf dem Schloß des Grafen Zamoyski in Russisch-Polen, worauf die Räume des Schlosses durchsucht und die Waffensammlung des Grafen in Beschlag genommen und weggeführt wurde. Jüngst ist auch das Palais des Fürsten Swjatopolk-Mirsky in Warschau von der Polizei durchsucht worden. — Hat man die beiden auch in Verdacht?

Henkersarbeit. In der Zitadelle in Warschau wurden 4 anarchistische Juden erschossen, außerdem wurden noch außer den bisherigen 16 weitere Anarchisten hingerichtet. In Lodz streiken in 10 Fabriken 2500 Arbeiter wegen ökonomischer Forderungen. — In Tschernigow wurde der unbekannte Attentäter des Gouverneurs Chwostow erhängt.

Die dritte Flucht des Genossen Deutsch. Dem Verfasser des bekannten und sehr lesenswerten Buches: „Sechzehn Jahre in Sibirien", unserem Genossen Leo Deutsch, ist es abermals, zum dritten Male, gelungen, sich aus den Händen der zarischen Häscher zu befreien. Der „Petersburger Listok" gibt folgende zuverlässige Erklärung seiner Flucht: Um den im Januar sich häufenden Verhaftungen zu entgehen, traf Genosse Deutsch Vorbereitungen zu einer Reise ins Ausland. Zu diesem Zwecke wollte er sich einen auf den Namen Menschikow lautenden Paß verschaffen. Der Paß wurde ihm auch ausgefertigt, aber die Gendarmen verfolgten die Person, die den Paß abholte, und ermittelten dabei, daß Genosse Deutsch gerade einer Probe im „Neuen Theater" beiwohnte. Unverzüglich führten die Gendarmen ihn gefangen ab. Im Polizei-Departement erklärte man seine Verhaftung damit, daß sich die Amnestie vom Oktober v. J. auf ihn nicht anwenden lasse. Wohl sei die Zwangsarbeit, zu der er seinerzeit verurteilt worden sei, durch die Amnestie aufgehoben, nicht aber die Verbannung, der er sich im Jahre 1902 durch seine Flucht aus Sibirien entzogen habe. Man werde ihn deshalb durch die „Gerichtsbehörde für peinliche Sachen" wegen Flucht sowie wegen des Versuchs, einen auf fremden Namen lautenden Paß zu erhalten, verurteilen. Nach einer Haft von 10 Tagen gelang es Deutsch jedoch, am 29. Januar zu entkommen. Als er während der Untersuchungshaft der Geheimpolizei zum Verhör vorgeführt wurde und sich ganz allein im Zimmer befand, benutzte er einen unbewachten Augenblick, um seine Hand durch ein zerbrochenes Türfenster zu stecken und die Tür zu öffnen. Ungehindert gelangte er alsdann auf den Hof und schließlich auch auf die Straße, wo ein Schlitten wartete, der ihn zur nächsten Station der finnländischen Eisenbahn brachte. Von Finnland führte ihn dann seine Flucht über Stockholm weiter, so daß er jetzt für die Bluthunde des Zaren unerreichbar ist.

Frankreich.

Eine „Soldatenmenterei" wird aus Toulon gemeldet: Die vor kurzem wegen Meuterei verhafteten Kolonialsoldaten bereiteten einen gemeinschaftlichen Fluchtversuch vor, indem sie nachts einen Teil des Gefängnisdaches abdeckten. Als die Wache Allarm schlug, und der diensttuende Major die Gefangenen aufforderte, sich in ihre Zellen zurückzubegeben, sangen sie die Internationale und brachten Hochrufe auf die Revolution aus. Der Major ließ die Feuerspritzen auffahren, und die Soldaten zogen sich, nachdem sie gründlich durchnäßt worden waren, zurück. Sie wurden dann nach anderen Kasematten verbracht. — Die Militärbehörden hielten Besprechungen ab, um energische Maßnahmen gegen die in letzter Zeit beunruhigend häufig vorkommenden Meutereien zu treffen. Wenn man mit diesen „energischen Maßregeln" nur nicht das gerade Gegenteil erreicht, was man bezwecken will!

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote"

Berlin, den 17. Februar 1906.

46. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Das Gesetz betr. die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 Mk. und 20 Mk. wird in dritter Lesung debattelos endgültig angenommen.

Hierauf wird die Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt fragt

Hue (SD.) an, ob das Gesundheitsamt Maßregeln gegen die Genickstarre getroffen habe, die im Ruhrgebiet in den letzten Wochen im vermehrten Maße aufgetreten ist. Die Bevölkerung muß rechtzeitig über den Charakter der Krankheit und die notwendigen Abwehrmaßregeln aufgeklärt werden. Besonders gefährlich ist die unerhörte Zusammenpferchung ostelbischer und ausländischer Arbeiter in den Werkswohnungen von Oberhausen. — Ich möchte ferner bitten, das bakteriologische Institut in Gelsenkirchen, das sehr segensreich gewirkt hat, auf den Reichsetat zu übernehmen. In dem dichtbevölkerten Ruhrbecken muß ein Institut in der Nähe sein, das stets in der Lage ist, das Trinkwasser und die Nahrungsmittel zu untersuchen. — Es ist dringend notwendig, in den Thomas-Schlackmühlen, die bisher schlecht befolgten Schutzvorschriften mit aller Entschiedenheit zur Durchführung zu bringen. — Von der Wurmkrankheit behaupten die amtlichen Berichte, daß

sie so gut wie verschwunden sei. Trotzdem möchte ich bitten, die Sache im Auge zu behalten. In einem Vortrage in Lüttich, dem ich beigewohnt habe, hat der Professor Lambinet der Erforschung der Wurmkrankheit ganz neue Wege gewiesen. — Abg. Prinz Schönaich-Carolath, dessen Objektivität ich übrigens durchaus nicht bezweifle, hat bestritten, daß in den schlesischen Zinkhütten Frauen in den Werkstätten beschäftigt würden. Ich stelle dem gegenüber fest, daß gerade auf der Silesia-Zinkhütte in sämtlichen Werkstätten Frauen und Mädchen in der furchtbaren Hitze und dem außerordentlichen Staube beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch der amtliche Bericht des Gewerbeinspektors stellt fest, daß die Zahl der Arbeiterinnen in den Zinkhütten erheblich zugenommen hat. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun zum Abg. Dr. Beumer. Er glaubte, mich widerlegen zu können, indem er Telegramme und Zuschriften der Firmen verlas, die ich angegriffen hatte. Seit wann genügt es zur Freisprechung eines Schuldigen, wenn er sich selbst für unschuldig erklärt? (Heiterkeit.) Ich muß alles aufrecht erhalten, was ich über die Walzwerke gesagt habe, ich muß wiederholen, daß es dort keinerlei gesetzliche Arbeitszeit gibt, und daß 24- bis 36stündige Schichten ohne Pause vorkommen. Herr Dr. Beumer behauptete, der Kruppsche Preßbau sei die idealste Werkstatt, die er kenne. Unter den Kruppschen Arbeitern hat diese Behauptung stürmische Heiterkeit erregt, denn dort wird der Preßbau allgemein als Mordbau, ein Schwindsuchtskasten genannt. Ich stelle den Herren, die sich dafür interessieren, die Namen zweier Arbeiter zur Verfügung, die bei dem entsetzlichen Gestanke des Oelbassins ohnmächtig geworden sind. Die Arbeiter in dem Preßbau müssen an gewissen Tagen 24 Stunden hintereinander arbeiten, die Reparaturarbeiter bis zu 36 Stunden. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Dr. Beumer hat ferner behauptet, daß die hohen Leistungen der Kruppschen Krankenkasse die Arbeiter verleiten, bei kleinen Unpäßlichkeiten zu feiern. Ich protestiere auf das entschiedenste gegen eine derartige Beschimpfung meiner Berufskollegen. Herr Dr. Beumer wird Gelegenheit haben, den Kruppschen Arbeitern von Angesicht zu Angesicht diese Beschimpfung zu wiederholen. Herr Beumer fand einen Bundesgenossen an Herrn Stöcker, der mir vorwarf, Schauermärchen erzählt zu haben. Nur das hohe Alter des Herrn Stöcker hält mich ab, ihm gebührend zu antworten. Im Siegener Lande sind die Verhältnisse übrigens noch schlimmer als im Ruhrrevier; aber Herr Stöcker, der 25 Jahre fast ununterbrochen den Siegener Kreis im Reichstage vertritt, kennt die dortigen Arbeiterverhältnisse nicht, obwohl doch auch die christliche Arbeiterpresse häufig darüber berichtet. Herr Beumer Arm in Arm mit Herrn Stöcker: das Bildnis ist bezaubernd schön. (Heiterkeit.) Dagegen hat Herr Giesberts meine Angaben bestätigt. Bezeichnenderweise blieb das Zentrum bei seiner Rede stumm, während wir Beifall riefen. Herr Giesberts ist Arbeiter, er kennt die Arbeiterverhältnisse, und Blut ist nun einmal dicker als Wasser. Ich bitte das Reichsgesundheitsamt dringend, auf den Schutz der Arbeiter in den Zinkhütten und Walzwerken Bedacht zu nehmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Schmidt-Immenstadt (Z.) spricht von den Adlern der oberschwäbischen Alpen und dem vortrefflichen Algäuer Rundkäse. Das Margarinegesetz muß schärfer gehandhabt werden, man darf nicht statt Butter Stiefelschmiere verkaufen. Ich kann der Marine- und Heeresverwaltung den Algäuer Rundkäse gar nicht warm genug ans Herz legen. (Heiterk.) Echter Algäuer Käse und Algäuer Butter sind für den Magen, was Gold fürs Portemonnaie. (Stürm. Heiterkeit. Der Redner wird beim Verlassen der Tribüne allseitig beglückwünscht.)

Dr. Paasche (NL.) protestiert gegen die Angriffe des Abg. Hue auf den Abg. Dr. Beumer, der durch dringende Geschäfte verhindert sei, heute anwesend zu sein. Redner verbreitet sich unter ausführlicher Bezugnahme auf Richard Brandts Schweizerpillen über die beste Methode, den Geheimmittelunfug zu bekämpfen, freut sich über das Erlöschen der Maul- und Klauenseuche und hofft, daß auch andere Seuchen bei reichsgesetzlicher Bekämpfung erlöschen werden. (Bravo! b. d. Natl.)

Dr. Burkhardt (Wirtsch. Vgg.) fordert im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte die Aufhebung des Verbots der Verwendung von Bleifarben für Spielsachen und Kochapparate. Ferner verlangt er im Interesse seiner Westerwalder Wähler eine milde Handhabung der Baupolizei. Redner wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Hue auf den Abg. Stöcker. Seit 25 Jahren ist Herr Stöcker bemüht, Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen zum Wohl der deutschen Arbeiter. (Beifall rechts, Lachen b. d. Sozialdemokr.)

Dr. Dahlem (Z.) spricht sich über das Bleifarbenverbot im Sinne des Vorredners aus.

Dr. Wolff (Wirtsch. Vgg.) wünscht eine Bundesratsverordnung über den Kleinverkauf von Essigessenz.

Frölich (Ant.) bekämpft den „Gewissenszwang" des Impfens.

Vizepräsident Graf Stolberg teilt mit, daß eine Resolution Burkhardt (WVg.), Dr. Dahlem (Z.) eingegangen ist, welche fordert, daß den Bierkrugdeckeln, bei zur Versendung ins Ausland bestimmt sind, eine Bleilegierung von nicht mehr als 10 Proz. zugesetzt werden darf.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) spricht sich für den Impfzwang aus. Auf der Liste der Geheimmittel stehen auch ganz unschuldige Mittel. Die Geheimmittelliste führt nur zur Schikanierung der Zeitungen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir verfolgen die Maßnahmen gegen die Genickstarre mit der größten Aufmerksamkeit. Die Bekämpfung selbst ist Sache der Einzelstaaten. Ueber die Wurmkrankheit wird morgen oder übermorgen dem Reichstag ein umfassender Bericht zugehen. Ich werde die Einzelstaaten darauf aufmerksam machen, wenn die Verordnung über die Zinkhütten und die Thomas-Schlacke bedauerlicherweise nicht ausgeführt worden sind. Ueber den Verkauf der Essigsäure — übrigens einen alten Bekannten des Reichstages (Heiterkeit) — sind die Ansichten der verbündeten Regierungen geteilt. Zur gesetzlichen Regelung des Geheimmittelwesens ist im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der noch der Nachprüfung unterliegt. Es ist mir übrigens vorgeschlagen worden, noch 600 Geheimmittel auf die Liste zu setzen. (Hört! Hört!) Das Reichsseuchengesetz ist fertig ausgearbeitet und würde bereits in dieser Session vorgelegt werden, wenn diese nicht bereits überlastet wäre. Die Festsetzung des Bleigehalts der Bierkrugdeckel beruht auf einem eingehenden Gutachten des Reichsversicherungsamtes und es ist noch sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, für das Ausland andere Grundsätze festzulegen als für das Inland. An eine Aufhebung des Impfzwanges, der sich ausgezeichnet bewährt hat, ist nicht zu denken.

Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vg.) bekämpft den Impfzwang.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Bumm verbreitet sich über die Wurmkrankheit. Das Unterlassen der Berieselung hat sich als untunlich erwiesen, weil dadurch die Explosionsgefahr in höherem Maße gesteigert wird, als die Ansteckungsgefahr beseitigt wird. Als bestes Mittel gegen die Wurmgefahr hat sich immer erwiesen, die angesteckten Arbeiter sofort von der Grube zu entfernen. Selbst in schlimmen Fällen sind die Betroffenen nach einigen Jahren von der Krankheit befreit worden. Ferner empfiehlt sich die Einrichtung möglichst vieler Aborte, die Beschaffung von Badegelegenheiten und die Belehrung der Arbeiter durch Flugschriften. — Was die Bleilegierung betrifft, so war es bisher nicht möglich, das Ausland bei hygienischen Gesetzen anders zu behandeln als das Inland. — Was den Impfzwang betrifft, so hat die vom Reichstag 1896 geschlossenen Kommission sich für die Beibehaltung desselben erklärt. Größte Reinlichkeit ist bei der Impfung die Hauptsache und es ist unverantwortlich von Impfgegnern, wenn sie ihren Anhängern raten, die offene Wunde sofort mit dem Munde auszusaugen oder nasse Erde darauszulegen. Die Krankheiten bei dem Impfen dürften hierauf zurückzuführen sein. Die Impfung beseitigt nicht absolut die Pockengefahr mindert sie aber erheblich herab.

Frölich (Ant.) wiederholt seine Ausführungen über den Impfzwang.

Dr. Paasche (NL.) wendet sich erneut gegen die Geheimmittelliste.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das beste Mittel gegen die Geheimmittel ist der gesunde Menschenverstand des Publikums. Immerhin hat die Geheimmittelliste das Verschwinden einer ganzen Anzahl marktschreierische Annonzen veranlaßt. Ein Reichsgesetz über die Geheimmittel wird dem Hause vielleicht schon im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werden.

Dr. Müller-Sagan (FVp.): Wir bekämpfen den Impfzwang so wenig wie den Schulzwang. Vielleicht empfehlen sich gegen die Wurmkrankheit Schachtleitern mit besonderen Griffen, damit die Arbeiter nicht mit den Händen an die Sprossen zu greifen brauchen.

Präsident Bumm erklärt, daß dahingehende Versuche angestellt werden sollen, wenn sie nicht schon angestellt worden sind.

Dr. Semler (NL.) verlangt den Deklarationszwang für Honig.

Singer (SD.) wendet sich gegen die Resolution Burckhardt, die darauf hinausläuft, nach dem Auslande auszuführen, was im Inlande als gesundheitsschädlich verboten ist. Bisher war eine solche Art des Konkurrenzkampfes im modernen Staate nicht üblich. Hoffentlich faßt der Reichstag nicht einen Beschluß, der ausspricht, daß man die Gesundheit der eigenen Nation schützen will, dem Auslande gegenüber aber diese Pflicht nicht anerkennt. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vg.): Das Ausland ist uns gegenüber auch nicht so zartfühlend. Ich erinnere an den Chikagoer Schlachthof. Die zwangsweise Impfung stellt einen staatlichen Eingriff in den eigenen Körper dar, der nur mit der Beschneidung zu vergleichen ist, gegen deren Einführung wir uns doch verzweifelt wehren würden. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Antisemiten.)

Burckhardt (Wirtsch. Vg.): Die Bierkrugdeckel mit Bleilegierung sind überhaupt nicht schädlich.

Singer (SD.): Dann kann man ihr Verbot auch in Deutschland aufheben. Sonst aber halten wir uns an den Spruch: „Was Du nicht willst, das man Dir tu, daß füg' auch keinem andern zu!"

Dr. Müller-Sagan (FVp.) verteidigt die Unterstützung der Resolution Burckhardt durch seine Fraktion.

Das Kapitel Reichsgesundheisamt wird bewilligt. Sämtliche Weinresolutionen werden angenommen.

Es folgt das Kapitel Patentamt.

v. Oldenburg-Januschau (K.) bittet um Besserstellung der expedierenden Sekretäre dieses Amtes.

Lattmann (Wirtsch.Vg.) beklagt, daß den Erfindern die Gewinne aus den Patenten durch ihre Firmen entzogen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Nach dem Patentgesetz gehört das Patent den Anmeldern und der eigentliche Erfinder kann sein Recht nur auf dem Wege der Klage oder des Einspruchs geltend machen. Eine etwaige Aenderung dieser Bestimmung würde erst nach eingehenden Vorarbeiten möglich sein. Ich gönne den expedierenden Sekretären des Patentamts gern eine Besserstellung, aber die Entscheidung liegt beim Reichsschatzamt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Reichsversicherungsamt.

Körsten (SD.): Ein kürzlich gefälltes Reichsgerichtsurteil erklärt die Klage eines Arbeiters auf Schadenersatz gegen einen Arbeitgeber wegen Unterlassens des Markenklebens für unangängig, da die Verpflichtung lediglich öffentlich rechtlich und nicht privatrechtlich sei. Das Urteil bedeutet geradezu eine Prämie für gewissenlose Arbeitgeber. In der Praxis hat der Arbeitnehmer jetzt gar keine Möglichkeit mehr, das Kleben zu kontrollieren. — Die ganze Anwendung der Versicherungsgesetze läßt viel zu wünschen übrig. Die Krankenkassen zwar tun ihre Pflicht, aber dasselbe gilt nicht von den Körperschaften, die von Arbeitgebern geleitet werden. Es hat wirklich den Anschein, als ob die Berufsgenossenschaften den Arbeitern die Versicherung verekeln möchten. Manche Berufsgenossenschaften verweisen am liebsten an die Armendirektion. (Hört! Hört! b. d. Sozialdem.) Und angesichts solcher Tatsachen wagt man den Arbeitern Simulationen vorzuwerfen. Der Nachweis, daß ein Unfall vorliegt, wird den Arbeitern außerordentlich schwer gemacht. Jeder Arbeiter müßte sich eigentlich einen Zeugen mitbringen. (Hört! Hört! b. d. Sozialdem.) Vergiftungen werden gewöhnlich nicht als Unfälle angesehen, sondern als Gewerbekrankheiten und werden an die Invaliditätsversicherungen verwiesen. Aber auch dort sieht es schlimm aus. Seit die Vertrauensärzte allein entscheiden, sind die Renten zurückgegangen, während die Beiträge gestiegen sind. Die Schiedsgerichte entscheiden oft in einer Sitzung bis zu 56 Fällen, bei denen es sich um menschliche Glieder handelt. (Hört! Hört! b. d. Sozialdem.) Dagegen haben es beim Reichsversicherungsamt die Beisitzer sehr vernünftigerweise abgelehnt, mehr als 15 Fälle in einer Sitzung zu erledigen. Unter solchen Umständen ist es doppelt bedauerlich, daß ein Zentrumsabgeordneter, Schmeding, sich gefunden hat, der im preußischen Landtage den Mut gehabt hat, noch zu fordern, daß den Arbeitern die Renten noch um 25 Proz. gekürzt werden sollen. (Sehr gut! b. d. Sozialdem.) Wenn man den landwirtschaftlichen Arbeitern die Renten kürzt, so werden auch bald die gewerblichen Berufsgenossen diesem Beispiel folgen. Das Zentrum kann die Rede seines Mitgliedes im Landtage nicht abwimmeln und wir werden die Arbeiter im Lande immer darauf hinweisen, damit sie die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums richtig bewerten lernen. (Lebh. Beifall b. d. Sozialdem.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es stimmt nicht, daß die Berufsgenossenschaften den Arbeitern die Versicherungsgesetze zu verekeln trachten. Sie verwalten fremde Gelder und müssen objektiv feststellen, ob wirklich eine Entschädigungspflicht bei Unfällen vorliegt. Es steht fest, daß es Rentennachsucher gibt, die ihre Leiden wesentlich übertreiben. Einen Vertrauensarzt kann die Berufsgenossenschaft natürlich nicht entbehren; aber dadurch ist nicht ausgeschlossen, daß der Rentennachsucher anderweitige Atteste beibringen kann. Das Reichsgesetz hat nicht entschieden, daß der Arbeiter überhaupt kein Recht auf Schadenersatz wegen Unterlassung des Markenklebens hat. Auf Grund des § 822 des B. G. kann in solchen Fällen ein Schadenersatzanspruch erhoben werden. Im Durchschnitt werden von den Schiedsgerichten nicht über 20 Fälle in einer Sitzung entschieden. Eine Einwirkung des Reichsversicherungsamts ist ausgeschlossen, weil die Schiedsgerichte Landinstitutionen sind.

Erzberger (Z.): Mein Freund Trimborn hat sich im Abgeordnetenhause gegen die Beseitigung der 20 Prozent-Renten ausgesprochen. Das Reichstagszentrum ist nicht verantwortlich für die Aeußerungen eines einzelnen Landtagsabgeordneten. Entgleisungen kommen überall vor. Herr Geck freut sich auf seinen Besuch beim Großherzog (Heiterkeit i. Zentr.), während Herr Singer nicht zu Hofe gehen will.

Wallau (NL.): Herr Körsten hat maßlos übertrieben. Seine Aeußerungen klangen so, als ob die Schiedsgerichte die reinen Massenmörder seien. (Rufe b. d. Soz.: Na, na!) Schließlich sind doch auch noch Beisitzer aus den Arbeiterkreisen da. Solche Uebertreibungen können nur die segensreichen Versicherungsgesetze diskreditieren.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 19. Februar.

Zuzug nach den Möbelfabriken von Hintze u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Heß ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hülfsarbeiter streng fernzuhalten. — Die arbeiterfreundliche Presse wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zuzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Ueber den Bau von H. Kröger, Lindenstraße, ist seitens des Maurerverbandes die Sperre verhängt.

Zur Verschlechterung des Bürgerrechtserwerbs in Lübeck schreibt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung": Aus den hanseatischen Geldsacks-Republiken. Die Machtgier der Pfeffersäcke ist unersättlich. Kaum haben die Kaufherren der Hansa einen Raubzug auf das Wahlrecht der arbeitenden Klasse vollführt, so sinnen sie schon auf einen neuen. Sie haben ja die Macht — und wenn auch die Arbeiter spielend mit dieser Minderheit von „regierenden Kaufleuten" fertig würden, hinter den Herren stehen ja die preußischen Bajonette. Vorläufig können sie sich noch allerlei erlauben und tun, als ob man Arbeitern des 20. Jahrhunderts eine Behandlung bieten könne wie stumpfsinnigen Sklaven. Die Besitzenden zu Lübeck haben erst vor kurzem der Arbeiterschaft das Wahlrecht in einer Weise beschnitten, daß diese für die Existenz des Staates wichtigste Bevölkerungsklasse so gut wie keinen Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Republik hat und auch — auf dem Boden dieses Schandwahlrechts — niemals gewinnen kann! Das genügt den Herren vom Geldsack aber noch nicht. Sie wollen die Arbeiterbürger nicht nur des direkten Einflusses auf das Staatsleben berauben, sie gönnen ihnen auch nicht einmal die Eigenschaft des Staatsbürgers, sie wollen die Zahl der Arbeiterbürger möglichst tief herabdrücken. Vielleicht auch aus dem einen schönen Grund, damit das Mißverhältnis in der Zahl der Abgeordneten, die den Arbeiterbürgern zustehlt, zur Zahl der Vertreter der Besitzenden nicht gar so kraß zutage trete. Die herrschenden Patrizier und ihr kleinbürgerlicher Anhang wollen also die Arbeiterbürger dezimieren. Und als Mittel dazu wählen sie eine fünfjährige Karenzzeit für die Erwerbung des Bürgerrechts, verschärft durch die Bedingung, daß während dieser Wartezeit ständig und rastlos Staatseinkommensteuer gezahlt werden muß! Es ist ein Gesetz gegen die Armut, die Steuernachlässe begehren muß und die durch die moderne Wirtschaftsordnung von Ort zu Ort getrieben wird! Eine neue Herausforderung des Proletariats — ein neuer Schlag in sein Angesicht, der überall in Deutschland empfunden werden wird. Nicht nur in Lübeck. Höher und höher steigt der Schuldbetrag, den die herrschenden Klassen einst dem Proletariat werden zahlen müssen!

Vom „nationalliberalen Jugendverein". Wir lesen im Amtsblatt:

Verein der nationalliberalen Jugend. „Volksbote" und „Landbote" in trautem Bund hetzen wieder einmal gegen Dr. Ludwig, weil er es gewagt hat, den Aufruf des Vereins der nationalliberalen Jugend mit 14 Herren zusammen zu unterzeichnen, ohne die Genehmigung seiner politischen Gegner einzuholen. Das Sozialistenblatt und das Organ des Radikalfreisinns werden sich daran gewöhnen müssen, daß sie auch in Zukunft vom Verein der nationalliberalen Jugend nicht als maßgebende Ratgeber betrachtet werden.

Wir verzichten dankend darauf, als „maßgebende Ratgeber" der nationalliberalen Jugend zu fungieren; uns genügt vorläufig, wenn wir das unsrige zur Aufklärung des Proletariats und dessen Kinder beitragen können. Zu bedauern sind u. E. allerdings diejenigen jungen Leute, deren „maßgebende Ratgeber" es für ihre erste Pflicht halten, große Volkskreise minderen Rechts zu machen; sie werden zu Vorkämpfern der Reaktion und erzielen nur den Erfolg, daß liberale Kreise sich von ihnen abwenden. Uns kann das allerdings nur recht sein. Wenn nun eingangs der Notiz gesagt wird, der „Volksbote" hetzt gegen Dr. Ludwig, so ist das eine ganz irrige Auffassung. Uns ist dieser Herr persönlich völlig fremd. Sehr bekannt ist aber jener Mann, der, obwohl vor nicht langer Zeit stark demokratisch angehaucht, es mit seiner Gesinnung vereinbaren konnte, für den schmählichen Bürgerschaftswahlrechtsraub die sogenannte Begründung zu liefern. Noch oft werden wir diesen Wahlrechtsraub und seine Macher erwähnen; auch wenn Dr. Ludwig das als Hetze gegen seine Person betrachtet, die allerdings mit der Sache eng verbunden ist.

Eine große allgemeine Geflügel-Ausstellung hat der Geflügelzuchtverein „St. Lorenz" am Sonnabend, Sonntag und Montag in Hasses Gesellschaftshaus veranstaltet. Dieselbe ist von hiesigen und auswärtigen Züchtern außerordentlich zahlreich beschickt. Sehr reichhaltig ist das Hühnervolk vertreten, von dem selten schöne Exemplare gezeigt werden; auch die Tauben-Abteilung weist viele sehr sehenswerte Tiere auf. Ferner sind Gänse

und Enten sowie Fasanen vorhanden, die nicht mindere Aufmerksamkeit verdienen. Alles in allem kann man wohl sagen, daß der Verein, der erst kurze Zeit besteht, mit dieser Ausstellung einen guten Beweis seiner Leistungsfähigkeit gegeben hat. Lobend anzuerkennen ist, daß alle Eier, die von den Vögeln in der Ausstellung gelegt werden, dem Kinderhospital für die Kranken unentgeltlich überwiesen werden. Der Besuch der Ausstellung war bedeutend.

Wie Mitglieder für den Flottenkollerverein geworben werden. Im Laufe dieser Woche soll in unserer Stadt durch kinematographische Vorführungen künstliche Flottenbegeisterung erweckt und nebenbei dem Flottenverein einige Mittel zugeführt werden. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß geplant ist, die Volksschüler gegen Eintrittsgeld zu den Veranstaltungen heranzuziehen, um so auch die Arbeitergroschen für die wahnsinnige Flottenpropaganda verwerten zu können. Doch hiermit nicht genug; man ist nunmehr auf die schlaue Idee gekommen, die kinematographischen Vorführungen zur Werbung von Mitgliedern zu benutzen und zwar ist die Sache nach dem Amtsblatt so gedacht: Der Vorstand glaubte seinen Mitgliedern des Deutschen Flottenvereins den Vorzug einer Preisermäßigung gewähren zu sollen. Will sich jemand noch in letzter Stunde die angezeigte Preisermäßigung sichern, so kann er jederzeit Mitglied werden. Wem also das Eintrittsgeld zu den Vorführungen zu hoch ist, der wird Mitglied des Flottenvereins und spart so einige Groschen. Man sieht, wie niedrig selbst der Flottenvereinsvorstand den „Ideal smus" des marineschwärmerischen Bürgertums einschätzt. Die auf diese Art gewonnenen Mitglieder werden sich natürlich überwältigend komisch ausnehmen, wenn sie nachher — wie es sich für solche Leute geziemt — nach einer unsinnigen Flottenvermehrung schreien.

Aus dem Gerichtssaal. Eine den sogen. „besseren" Ständen angehörende Dame aus der Moltkestraße, Frl. E., hatte die Lübecker Straßenbahn zu verschiedenen Malen dadurch zu schädigen versucht, daß sie das Fahrgeld nicht, resp. erst nach Aufforderung der Kontrolleure entrichtete. Sie wurde schließlich zur Anzeige gebracht und auch angeklagt. Das Schöffengericht erkannte seiner Zeit auf Freisprechung. Hiergegen legte jedoch die Staatsanwaltschaft Berufung ein und so mußte denn die Dame am Sonnabend auf der Anklagebank des Strafkammersaales Platz nehmen. Die Angeklagte behauptete, daß von einer Absicht ihrerseits gar keine Rede sein könne. Eine Reihe Zeugen bekundeten jedoch das Gegenteil. Entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts erkannte das Gericht gegen die Angeklagte auf 80 Mark Geldstrafe. — Wegen fahrlässiger Brandstiftung wurde der Maurergeselle R. zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Die Schwindlerin B., welche s. Z. unter der Angabe, sie habe ihr Portemonnaie mit Fahrkarte verloren, sich bei einer hiesigen Familie Obdach und Geld geben ließ, ohne letzteres zurückzuerstatten, wurde vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hat die B. Berufung eingelegt, die jedoch am Sonnabend von der Strafkammer verworfen wurde.

Im Varieté Universum hat eine neue Künstlerschaar ihren Einzug gehalten. Da dieselbe der vorigen nicht nachsteht, so dürfte sie sich ebenfalls lebhaften Zuspruchs zu erfreuen haben.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Der Dienstag bringt eine Nachfeier zu Mozarts Andenken anläßlich der 150. Wiederkehr seines Geburtstages. Zur Aufführung kommt seine unvergängliche Oper „Don Juan". Mittwoch wird als nächste volkstümliche Vorstellung „Die Waise von Lowood", Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer, letztmalig wiederholt. Wie stets an volkstümlichen Abenden, kostet auch zu dieser Vorstellung jeder Platz des Theaters 50 Pfg. Auf Engagement gastiert Donnerstag ein junger Baritonist als Escamillo in „Carmen", der für nächste Wintersaison engagiert werden soll, namens König.

pb. **Schadenfeuer.** Am Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Pferdemarkt Nr. 11 gerufen, woselbst durch eine nahe am Fenster aufgestellte Gaslampe ein Gardinenbrand entstanden war, der durch Hausbewohner im Entstehen gelöscht wurde, sodaß die Feuerwehr bald wieder abrücken konnte.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt und festgenommen wurde am Sonntag nachmittag ein Schmiedelehrling von hier, der sich in den Wallanlagen beim Bahnhofe eines Vergehens nach § 183 des Str.-G.-B. schuldig machte. — Ein Hausdiener, der seinem Dienstherrn, einen hiesigen Restaurateur, wiederholt Geldbeträge wegnahm, wurde wegen Diebstahls festgenommen.

Curau. Großfeuer. In der Nacht zum Sonnabend brannte das Gewese des Hufners Lühr in Böbsnieder, nachdem erst vor wenigen Wochen ein Teil desselben ein Opfer der Flammen geworden war. Leider kamen 8 Pferde und 28 Stück Hornvieh um. Das Dienstmädchen sprang notdürftig bekleidet aus dem Fenster und rettete so das nackte Leben. Als Entstehungsursache des Feuers wird Brandstiftung vermutet.

Rensefeld. Ein italienischer Zirkus Belli gibt bei Sternberg Vorstellungen. Das Programm ist sehr reichhaltig. (S. Inf.)

Hamburg. Zur Lohnbewegung der Schiffsführer. Am Freitag abend sind die Inhaber von Passagier- und Schleppdampfern im Patriotischen Hause zu einer Beratung der von den Schiffern gestellten Lohnforderung zusammen gewesen. Es ist in dieser Versammlung jedoch kein definitiver Beschluß gefaßt worden, da die Verhältnisse der einzelnen Betriebe zu kompliziert liegen. Es soll jeder Betrieb für sich die Lohnfrage prüfen, dann soll in der nächsten Woche, wahrscheinlich am Freitag, wieder eine Versammlung der Arbeitgeber stattfinden, wo ein endgültiger Beschluß gefaßt werden soll.

Hamburg. Hinaus aus der Schule mit der Religion! Die größte Hamburger Lehrervereinigung, die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, nahm eine These folgenden Wortlauts an: „Eine befriedigende Lösung der Frage des Religionsunterrichts ist nur von einer gänzlichen Befreiung der Schule vom Religionsunterricht zu erwarten." Damit folgt die Mehrheit der Hamburger Lehrerschaft den Beschlüssen der Bremer Lehrer. Bravo!

Altona. Großfeuer in Ottensen. Sonnabend abend um 8 Uhr brach in der Pudding- und Backpulverfabrik von Theodor Fischer, Pappenstraße 9 Feuer aus und nahm einen ganz bedeutenden Umfang an. Die Nachbarschaft war außerordentlich bedroht und wurde auch teilweise in Mitleidenschaft gezogen. Der Feuerschein war weithin sichtbar und brachte den größten Teil der Ottenser Bevölkerung auf die Beine. Nach mehrstündiger angestrengter Arbeit hatte die Feuerwehr, die aus zwölf Rohren Wasser gab, das Feuer in der Gewalt und beschränkte es auf seinen Herd.

Kiel. In der Angelegenheit des Brudermörders Karstens, der am 7. Juli vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt wieder eine neue Wendung eingetreten. Nachdem die Revision des Verurteilten vom Reichsgericht verworfen worden war, betrieb Karstens bekanntlich das Wiederaufnahme-Verfahren und auf Anordnung des Oberlandesgerichts wurden Erhebungen in dieser Richtung angestellt. Der Antrag des Brudermörders stützt sich namentlich auf die Behauptung, daß er bei Begehung der Tat unter einem unwiderstehlichen Zwang gehandelt habe und nicht Herr seiner Sinne gewesen sei. Herbeigeführt sei dieser Zustand außer durch erbliche Belastung auch durch die ihm von seiten seiner Familie angetane unwürdige Behandlung, die große Bitterkeit in ihm erzeugt habe. Die angestellten Erhebungen haben nun dazu geführt, daß die Strafkammer, bei der die Sache anhängig ist, dem Verurteilten seinen früheren Verteidiger, Rechtsanwalt Stobbe, erneut zur Wahrnehmung seiner Interessen beigeordnet hat. Der Verteidiger wird nunmehr das vorliegende Material prüfen und dann seine Anträge zu stellen haben. Allem Anscheine nach ist durch die Erhebungen in der Wiederaufnahme-Angelegenheit mindestens festgestellt, daß Karstens als geistig minderwertig anzusehen ist, was seine Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus erzielen kann.

Apenrade. Eine peinliche Situation. Als hier ein junger Mann Briefe in den Bahnpostwagen warf, setzte der Zug sich in Bewegung und die Tür des Postwagens wurde zugeschlagen. Der junge Mann, dessen Rock zwischen die Tür geklemmt wurde, konnte nicht loskommen, sondern mußte eine ganze Strecke mitlaufen, bis er seine Kraft zusammenraffte und das eine Ende des Rockes abriß.

Bützow. Eine schwindelerregende Höhe haben die von dem Stadtsekretär Steinfatt veruntreuten Gelder erreicht; bis jetzt belaufen sie sich bereits auf etwa 165 000 Mk., denen im ganzen nur 25 000 Mk. Aktiva gegenüberstehen. Dabei ist die Endsumme noch gar nicht abzusehen, denn tagtäglich kommen noch Leute, namentlich Arbeiter und Büdner vom Lande, um ihre Forderungen anzumelden. Wohl selten ist einem Privatmanne ein solch unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht worden, wie in diesem Falle, blindlings brachten die Leute all ihr Geld hin, um es zinstragend belegen zu lassen.

Dargun. Opfer des Eises. Donnerstag ertrank auf dem Klostersee ein Knabe von 10 Jahren. Mit mehreren anderen Knaben hatte er sich trotz der noch dünnen Eisdecke auf den See gewagt. Als er mit seinem Peekschlitten bis etwa in die Mitte des Sees gelangt war, brach er ein. Auf sein und der anderen Knaben Geschrei eilten zwei in der Nähe des Sees beschäftigte Zimmerleute trotz des dünnen Eises dem Gefährdeten mit Stangen und einer Leiter zu Hilfe, und es gelang ihnen auch, dicht an ihn heranzukommen. Auf dem dünnen Eis brach der eine von ihnen jedoch zweimal ein und hatte zu tun, sein eigenes Leben zu retten. Der Knabe hatte mittlerweile seine Kräfte und auch wohl schon die Besinnung verloren, er sank vor den Augen der ihm zu Hilfe Geeilten unter Wasser und konnte erst später mit Hilfe eines Bootes als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Lehe. Einsturz. Sonnabend nachmittag 4 Uhr stürzte das Dach des Versandthallenneubaues der Fischereigesellschaft „Nordsee" in Nordenham ein, nachdem die Anlagen zuvor durch einen Brand vernichtet waren. Infolge eines voraufgegangenen verdächtigen Geräusches konnten die dort beschäftigten Arbeiter sich retten, so daß keiner verletzt wurde. Der Bau war nur aus Zement und Eisen aufgeführt.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Knaben wurden hocherfreut

Friedrich Gundlach und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich unserer Hochzeit herzlichen Dank.

G. Subbert und Frau,
geb. Toelsner.

Ein frdl. heizb. Zimmer für 2 Mann Effengrube 9.

Zum 1. April eine Dreistubenwohn.
zu vermieten, Preis 150 Mk.
Alexanderstraße 9 a.

Zu vermieten 4 elegante seid. Damen-Masken-Anzüge billig
Wakenitzmauer 198.

---

1 kleines Haus zu kaufen gesucht
Burgtor bevorzugt.
Ang. m. Preisang. u. P P an die Exp. d. Bl.

Billig zu verkaufen **kleines Haus mit Garten** in Moisling bei ganz geringer Anzahlung oder zu vermieten.
Ang. u. M M an die Exped. d. Bl.

---

2 Betten, ein sehr guter schwarzer Gehrock und ein schwarzseidenes Kleid
Balauerfohr 37.

Ein gr. Reisekorb u. ein Roman
(„Königin Draga") billig zu verkaufen
Beckerstraße 29 a, I.

Entflogen ein paar w. Tauben mit bl. Köpfen. Gegen Belohnung abzugeben. **Jacobs**, Schneidermeister, Friedenstraße 48.

Ich mache hiermit bekannt, daß ich nicht mehr bei **Karl Grimm, Vertreter der Kieler Schloßbrauerei,** als Bierkutscher tätig bin. Grimm legte mir auf, meine Frau solle in meinem Hause kein Bier mehr führen. Da ich diesem Verlangen nicht nachkam, wurde ich sofort entlassen.
F. Koop, Busekiststraße 8.

---

1 Fahrrad mit Freilauf u. Rücktrittbremse 45 Mk.
1 Fahrrad, fast neu, 70 Mk.
mit ½ Jahr Garantie.
1 neue Trittmaschine
5 Jahre Garantie, spottbillig.
O. Dortmundt,
Schwartauer Allee 35.

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Zirkus Belli.

Heute Montag den 19., sowie Dienstag den 20. und Mittwoch den 21. Februar d. J.
finden im Saale des Herrn

G. Sternberg in Rensefeld
grosse Gala-Vorstellungen statt.

Anfang abends 8 Uhr, sowie Mittwoch die Nachmittags-Vorstellung um 4 Uhr.
Es laden ergebenst ein
Gebr. Belli.

Große Möbel-Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will, besuche
Paul Rehder's Möbelgeschäft
13 Hundestraße 13.
Gebe auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede.

Versammlung
am Dienstag den 20. Februar 1906
abends 8½ Uhr
bei Herrn C. Schröder, Lederstr. 3.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Adolf Hübner, Uhren u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Außerordentliche
Mitgliederversammlung
am Montag den 19. Februar
abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Bericht der Tarifkommission.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwünscht.
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck)

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 20. Febr.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung.
1. Aufnahme neuer Mitglieder
2. Vortrag des Kollegen Radden.
3. Fragekasten und Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Großes Fastnachtsessen
heute Montag den 19. Febr.
wozu freundlichst einladet
Hans Fick.

Einladung zum
BALL
der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Fischkonservenfabr. v. Heinr. Ihde Nfl.
am Freitag den 23. Februar
im Lokale des Herrn Borgwardt, Zentral-Hallen.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Ende morgens. — Preis 1 Mk.
Das Komitee.

Stadthallentheater.
Dienstag den 20. Februar 7½ Uhr.
99. Abonn.-Vorst. 21. Dienst.-Abonn.
Mozart-Feier.
Don Juan.
Oper in 3 Akten von Mozart.
Mittwoch 8 Uhr. Volkst. Vorstellung!
Jeder Platz 50 Pfg.
Die Waise von Lowood.
Schauspiel in 4 Akten von Birch-Pfeiffer.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verlag: Schroeder Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 42 — Dienstag, den 20. Februar 1906. — 13. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Stukkateure in Münster i. W. sind in eine Tarifbewegung eingetreten. — Aus Essen a. d. Ruhr wird gemeldet: Wie der Bergbauliche Verein mitteilt, entspricht die in den Zeitungen enthaltene Meldung über die Gründung eines Arbeitsnachweises durch die rheinisch-westfälischen Zechenverwaltungen nicht den Tatsachen. — In Zürich beschlossen am 13. Februar 200 Gipser in den Streik einzutreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Ein neuer Versuch, die Gewerkschaften zu zehnten. „Liebe macht erfinderisch!" Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Gewerkschaften von allen sächsischen Behörden „heiß geliebt" werden, wie überhaupt die Arbeiterbewegung. Diesem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der sächsische Steuerfiskus ein neues Mittel entdeckt hat, sich der Gewerkschaften liebevoll anzunehmen. In Sachsen hat man bekanntlich eine Vermögenssteuer, die nur den Fehler hat, daß sie die Besitzenden zu sehr schont. Dafür erinnerte man sich aber, daß man hie und da von Lokalfonds usw. von Gewerkschaften gelesen hat und zog daraus die Nutzanwendung, daß da noch etwas zu holen sei. In diesem Jahre wurden denn auch fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfiskus will Vermögenssteuer davon erheben, um der sächsischen chronischen Finanzmisere zu steuern. Natürlich ist ohne weiteres klar, daß das ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleiben muß. Die Kassenbestände der Lokalverwaltungen sind kein Vermögen, außerdem gehören sie den Zentralverbänden und können morgen schon nicht mehr vorhanden sein. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften sich dieser „Liebe" des Steuerfiskus zu ihren Mitteln zu erwehren suchen und die höheren Instanzen darüber interpellieren, ob ein solches Verfahren, das immerhin den Reiz der Neuheit haben dürfte, zulässig ist. Was wird man nicht noch alles versuchen, um den Gewerkschaften das Leben sauer zu machen? Vor längerer Zeit wollte man bekanntlich in Dresden den Gewerkschaften, die Vorträge halten ließen, „Lustbarkeitsabgaben" auferlegen. Man mußte diesen Versuch aber bald wieder aufgeben. Und so wird es hiermit wohl auch werden. Wir hoffen wenigstens stark, daß auch dieser neueste Versuch ein solcher mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleiben wird!

Ultramontane Verleumder abgeurteilt. Es ist bekannt, wie nach dem großen Bergarbeiterstreik die ultramontane Presse eine tolle Hetze in Szene setzte, die sozialdemokratische Partei habe für die Bergleute bestimmte Streikgelder unrechtmäßigerweise zu anderen Zwecken verwendet. So sollten 20 000 Mark Streikgelder nach Rußland gesandt worden sein, 5000 Mark sollten sich die Essener Genossen beiseite geschafft haben usw. Ueber die genannten Punkte ist ja bereits gerichtliche Klarheit geschaffen worden. Blieb doch die Aburteilung der ultramontanen „Tremonia", der schlimmsten Hetzerin übrig, die allem die Krone aufgesetzt hatte durch die Behauptung, die Dortmunder „Arbeiterzeitung" habe sich für Streikgelder eine neue Rotationsmaschine angeschafft. Das Blatt glaubte sich dadurch dem Strafrichter entziehen zu können, daß es die Behauptung in Frageform aufstellte. Was das Blatt aber sagen wollte, war deutlich genug. Tatsächlich haben denn auch andere bürgerliche Blätter, so das Stöckersche „Reich", die positive Behauptung aufgestellt, die „Arbeiterzeitung" habe sich von den Streikgeldern der Bergleute eine neue Rotationsmaschine aufgestellt. Gen. Gerisch, der Verleger der „Arbeiterzeitung", hat dann gegen die „Tremonia" Klage angestrengt, die am Dienstag vor dem Dortmunder Schöffengericht zur Verhandlung stand. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die „Arbeiterzeitung" allerdings eine neue Rotationsmaschine angeschafft hat, die aber schon lange vor dem Streik bestellt worden war und aus den Betriebsmitteln der „Arbeiterzeitung" bezahlt wird. Kein Pfennig der Streikgelder ist dazu verwandt worden. Die Behauptung der „Tremonia" erwies sich als pure Verleumdung. Rechtsanwalt Dr. Wallach-Essen geißelte in schärfster Weise die frivole Hetzerei des ultramontanen Blattes, dessen Redakteur Dr. Hoffmann aber nicht den Mut besitze, offen die Absicht der Beleidigung zuzugeben. Dr. Hoffmann hatte gegen Genossen Gerisch Widerklage angestrengt wegen einer vom Landesvertrauensmann Genossen König herausgegebenen Broschüre. In dieser Broschüre ist auf die Zentrumspresse im allgemeinen das Siglsche Wort angewendet: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!" Dadurch soll unglaublicherweise der Genosse Gerisch — den Redakteur Dr. Hoffmann von der „Tremonia" beleidigt haben! Selbstverständlich hat Genosse Gerisch mit der Broschüre gar nichts zu tun, kennt sie nicht einmal. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Wulff, wollte aber behaupten, Genosse Gerisch habe sie geschrieben. Das Gericht verkündete, daß der Artikel der „Tremonia" eine schwere Beleidigung des Genossen Gerisch darstelle, auch die Absicht der Beleidigung gehe aus dem Artikel hervor. Mildernd falle ins Gewicht, daß es sich um einen politischen Kampf handele. Dr. Hoffmann, der Redakteur der „Tremonia", sei deshalb mit 100 Mk. zu bestrafen. Genosse Gerisch sei aber von der Widerklage freizusprechen.

In der Hauptsache nichts Strafbares. Vom Amtsgericht Bütow (Pommern) erhielt ein Genosse folgendes Schreiben zugestellt:

Bütow, den 3. Februar 1906

Die Königliche Staatsanwaltschaft will gegen Sie, auch mit Rücksicht auf Ihre bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung vom 24. Januar 1906 abgegebene Erklärung, Sie hätten in dem Flugblatte nichts Strafbares gefunden, in der Hauptsache die Strafverfolgung nicht einleiten. Nach § 26 des Preßgesetzes heben wir daher unseren Beschluß vom 14. Januar 1906 wieder auf und senden Ihnen die 5 Exemplare zurück, die am 14. Januar 1906 von der hiesigen Polizeiverwaltung bei Ihnen beschlagnahmt worden sind.

Griebel.

Der Staatsanwalt will also „in der Hauptsache" die Strafverfolgung gegen den Genossen nicht einleiten. Das ist sehr nett. Er wird sie aber doch nicht etwa „in der Nebensache" einleiten? Was mag das übrigens für eine mysteriöse Nebensache sein?

Aus Nah und Fern.

Eine wackere Staatsstütze macht sich in dem vorpommerschen Landstädtchen Tribsees bemerkbar. Es ist der Bürgermeister des Ortes, ein Herr Doktor Kluge, der nebenbei Polizeiverwalter ist. Dieser Herr sandte an den Einberufer einer Versammlung folgendes Schreiben:

Tribsees, den 11. Februar 1906.

Die heute, Sonntag, den 11. Februar 1906, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Gastwirts Holz hierselbst, stattfindende öffentliche Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands wird auf Grund des § 10 Tit. 17 Teil II des Allgemeinen Landrechts hiermit verboten, weil die öffentlichen Versammlungen dieses Zweigvereins, in denen auswärtige Agitatoren in letzterer Zeit wiederholt, zuletzt am 21. Januar d. J. aufhetzende Rede gehalten haben und dem Vernehmen nach auch heute wieder halten werden, geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt zu gefährden. (!)

Die Polizeiverwaltung.
gez. Dr. Kluge.

Einfach großartig, diese Leistung!

Eine unbedachte Handlungsweise. Wegen Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche stand der Bauanschläger Loos vor dem Berliner Landgericht I. Am 5. November fand im Gewerkschaftshause eine Versammlung der Bauanschläger, die zum Metallarbeiterverband gehören, statt. In einer Diskussion, die sich an einen Vortrag knüpfte, ergriff auch der Angeklagte das Wort und ließ sich über Staat, Privateigentum und Kirche aus, wobei er die Ueberflüssigkeit der Religion für den Arbeiter nachzuweisen suchte. Er soll dabei, nach den Aufzeichnungen des überwachenden Wachtmeisters und des diesen unterstützenden Schutzmannes gesagt haben: „Die Pfaffen sind abgefeimte Schufte, die uns das Volk verbummeln," und soll mit den Worten: „Nieder mit dem Staat, nieder mit der Kirche" geendet haben. — Der Angeklagte behauptete, daß er die Worte „Nieder mit der Kirche" nicht gebraucht habe. Die Wendung: „Die Pfaffen sind abgefeimte Schufte" gab er zu, behauptete aber, daß diese sich absolut nicht unmittelbar an seine Bemerkungen über die Ueberflüssigkeit der Religion für den Arbeiter geschlossen habe. Er habe keineswegs das Priestertum als Einrichtung der christlichen Kirche beschimpfen, sondern nur die Pfaffen aller Konfessionen in ihrer Tätigkeit als Verkünder der Religion charakterisieren wollen. Der Auffassung des Angeklagten trat ein Zeuge, der der Versammlung beigewohnt, bei, während die beiden überwachenden Polizeibeamten entschieden dabei verblieben, daß die Aeußerungen so gefallen seien, wie sie sie notiert haben. Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, daß hier eine grobe Beschimpfung des zu den Einrichtungen der christlichen Kirche gehörigen geistlichen Amtes, vorliege. Er beantragte 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis. — Für eine unüberlegte Aeußerung ein so hartes Urteil! Hätte der Angeklagte als Unternehmer in fahrlässiger Weise ein Menschenleben vernichtet, dann wäre er jedenfalls nur zu Geldstrafe verurteilt worden. Aber so . . . .

Risiko der Arbeit. In der Kruppschen Fabrik in Essen explodierte ein Schmiedefeuerventilator. Einem Vorarbeiter wurden beide Beine gebrochen, vier Arbeiter wurden furchtbar verbrannt.

Der Staatsanwalt beantragt Freisprechung, das Gericht verhängt 5 Monate Gefängnis. Dieser gewiß seltene Fall ereignete sich an der Strafkammer in Elberfeld. Der Scherenarbeiter E. Brenartz von Höhscheid war angeklagt, während des Ausstandes bei der Firma Backhaus in Höhscheid dem Arbeitswilligen Emil Wahler aufgelauert und einen Stockhieb über den Kopf versetzt zu haben. Wahler war wegen des Schlages einen Tag von der Arbeit ferngeblieben. Obwohl die Anklagebehörde einen großen Zeugenapparat aufgeboten hatte, hielt der Staatsanwalt die Täterschaft des Angeklagten nicht für nachgewiesen und beantragte daher Freisprechung. Das Gericht aber erachtete den Angeklagten für überführt und erkannte auf die erschreckend hohe Strafe von 5 Monaten Gefängnis.

Wieder Einer! Vor der Kölner Strafkammer stand der praktische Arzt Dr. Kötschau aus Ohrdruff. Es sind ihm mehrere Betrugsfälle, von denen einige strafrechtlich bereits verjährt sind, sowie Unterschlagungen zur Last gelegt worden. Unter Berufung auf eine angebliche große Erbschaft verstand es der Angeklagte, der als vielbeschäftigter Frauenarzt ein jährliches Einkommen von 22 000 Mk. hatte, sich größere Darlehen zu verschaffen,

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzt von Natalie Liebknecht.

16. Fortsetzung.

Fünfzehntes Kapitel.

Ungefähr drei Meilen, ehe der Mowefluß die Stadt erreicht, schlängelt er sich durch eine Ebene. Die Gegend, wenn auch gerade nicht sehr malerisch, hat einen freundlichen Charakter. Eine steinerne Brücke verbindet die beiden Ufer durch drei Bogen von schönem Ebenmaß. Das Land ringsum besteht aus Wiesen, die in lebhaften Farben prangen, oder aus Obst und Gemüsegärten, welche die Nachbarschaft mit ihrem Ertrag versorgen. Die unmittelbaren Grenzen der Wiesen bilden zu beiden Seiten hauptsächlich Wälder, über deren Gipfel nach einer Richtung hin sich ein brauner Moorhügel erhebt. Die wenigen Häuschen, welche in dieser Landschaft verstreut liegen, sind aus Stein gebaut und machen äußerlich den Eindruck von Behaglichkeit, ja, von Ueberfluß.

Heiter war der sommerliche Himmel, als Egremont einige Tage nach den Ereignissen, die wir in unserem letzten Kapitel erzählt, in dieser Gegend erschien. Er hatte im Park von Mowbray gefischt und war dem Bach durch viele Windungen gefolgt, bis derselbe, die eingeschlossene Domäne verlassend, seinen Weg durch ein dichtbuschiges Gehölz am Fuße des hügeligen Moores nahm, um dann in die Ebene einzutreten und sich in den Wassern des Flusses zu verlieren.

Viel Glück hatte Egremont nicht gehabt; die Angel war in einer sehr unaufmerksamen Hand gewesen. Obschon er ein Kunstverständiger war, wenn er sich in der richtigen Stimmung befand, hatte er diesmal die Angel eigentlich nur als eine Entschuldigung, um allein zu sein, genommen, und nicht als ein Mittel, um sich zu unterhalten. Es gibt Zeiten im Leben, wo die Einsamkeit ein Bedürfniß ist, und eine solche Zeit war für den Bruder Lord Marney's gekommen.

Die Gestalt Sybil's war seinem Gedächtnis eingeprägt. Sie vermischte sich mit allen seinen Gedanken, sie verband sich ihm mit jedem Gegenstand. Wer war dieses Mädchen, das so ganz anders war, wie alle Frauen, denen er bis jetzt begegnet, das mit so warmem Ernst von so wichtigen Fragen sprach, an die er selber bisher noch niemals gedacht, und das mit trauervoller Majestät die Erniedrigung des Volkes beklagte? Die Tochter Gerard's, des niedrig Geborenen, und doch stolz auf ihre Geburt. Keine der adligen Damen in dem Land konnte sich einer gebietenderen Erscheinung rühmen, keine besaß eine so bezaubernde Einfachheit, die jede Bewegung, jeden Ton durchdrang.

Ja, die Tochter Gerard's, die Tochter eines Fabrikarbeiters! Es war nach Sybils Weggang nicht schwer gewesen, von der geschwätzigen Frau des Webers diese Erkundigungen einzuziehen. Und der Vater — er war Egremont nicht unbekannt. Seine stolze Gestalt, sein edles Gesicht waren noch frisch im Gedächtnis unseres Freundes. Nicht weniger sein gedankenvolles Reden, das Wissen, Verstand und tiefes Gefühl bekundete. Wie viel von dem, was er gesprochen, hatte einen Widerhall gefunden in Egremonts Herzen und klang noch in seinem Ohr! Und auch der Freund Gerards, jener blasse Mann mit den blitzenden Augen, der ohne Selbstgefälligkeit, ohne Pedanterie, im Gegenteil, mit völliger Natürlichkeit und ernster Einfachheit, wie ein Meister der Philosophie, sich über die höchsten Prinzipien der politischen Wissenschaft verbreitet hatte — war auch er ein Arbeiter? Und ist dies das Volk? Wenn ja, sagte sich Egremont, dann möchte ich unter ihm leben. Verglichen mit ihrer Unterhaltung, hat das Geschwätz in unseren Salons etwas beschämendes. Nicht nur, daß es sich immer mit Personen beschäftigt, statt mit Prinzipien, und daß der Mangel an Gedanken durch nachgeplapperte Gemeinplätze und der Mangel an Gefühl durch oberflächliche Spötteleien verdeckt werden soll; nicht nur, daß es diesem Salongeschwätz an Phantasie, Gefühl, Gemüt und Verstand fehlt, es scheint mir auch selbst, was die Form und den Ausdruck anbelangt, an Feinheit und Wortreichtum weit unter der Sprache des Volkes zu stehen, kurz, es ist alltäglich, uninteressant, dumm und trotz des vornehmen Firnisses wirklich ordinär.

Es schien Egremont, daß sich von dem Tag an, wo er diesen Leuten in der Abtei begegnet, der Gesichtskreis seiner Erfahrungen unbewußt erweitert hätte. Eine neue Welt war ihm eröffnet worden, und er konnte der Ueberzeugung nicht widerstehen, daß von jenem Zeitpunkte seine Sympathien lebendiger und vielseitiger geworden, daß sein Geist einen männlichen Anstoß empfangen, und daß er geneigt war, die öffentlichen Fragen von einem neuen Standpunkte aus zu beurteilen, sehr verschieden von dem, welchen er noch vor wenigen Wochen eingenommen, als er seine Kandidatenreden hielt.

Von solchen Gedanken erfüllt, kam er, wie schon gesagt, in die Ebene des Mowe; seine Schritte nach dem Laufe des Flusses regelnd, gelangte er an die Brücke und wollte sie überschreiten. Mitten auf derselben stand ein Mann, welcher in das Wasser hinunterblickte und sich dabei an das Geländer lehnte. Egremonts Tritt weckte den Träumer, der sich umsah, — es war Walter Gerard. Gerard erwiderte Egremonts Gruß, und da ihr Weg der gleiche war, so gingen sie zusammen. Es stellte sich heraus, daß Gerard's Wohnung ganz nahe war, und nachdem er Egremont nach seiner Ausbeute gefragt und als Antwort ein paar Forellen zum Geschenk erhalten hatte — die einzigen beiläufig in Egremonts Fischkorb —, konnte er nicht umhin, seinen Begleiter zu sich einzuladen.

„Hier ist mein Heim," sagte Gerard, indem er auf ein noch neues, in freundlichem Stil gebautes Häuschen zeigte. Das Material war von hellbraunem Stein, wie es dort vorkommt; Schlingpflanzen mit bunten Blättern verschönten die eine Seite des Eingangs, die Fenster waren breit, mit

unter anderem von einem Rentier 65 500 Mk, von einem anderen 5000 Mk. Am schändlichsten handelte der Angeklagte an seiner Haushälterin, die er um eine Erbschaft von 24 000 Mk. und um das ganze Gehalt beschwindelte. Das Gericht erkannte auf 18 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Wie die Schwindelkassen arbeiten, ergab so recht die dieser Tage in Köln stattgefundene erste Gläubigerversammlung der verkrachten Rheinischen Krankenversicherungskasse. Ueber die Ursache des Zusammenbruchs der Kasse berichtete Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Wirtz, daß die Beiträge zu gering zu den Leistungen und die Verwaltungskosten zu hoch gewesen seien. Von 150 000 Mk. Einnahmen hätte die Verwaltung etwa 90 000 Mk. verschlungen. Das Konkursverfahren werde wohl nicht durchgeführt werden können wegen Mangels an Masse. Die Abstimmung darüber, ob das Konkursverfahren mangels Masse einzustellen sei, hatte das Resultat, daß der anwesende Vorstand und die erschienenen Gläubiger sich einstimmig für die sofortige Einstellung erklärten, während der Konkursverwalter um Vertagung bat, um erst Klarheit über weitere Einnahmen sich zu verschaffen. Gerichtsseitig wurde beschlossen: Auf Antrag des Verwalters und in Erwägung, daß es das Interesse der Gläubiger erfordert, eine weitere Klarstellung der Sachlage abzuwarten, wird die Beschlußfassung über die Einstellung des Konkursverfahrens auf den 8. März 1906, Vormittags 11 Uhr, festgesetzt. 150 000 Mark Einnahme, 90 000 Mark Verwaltungskosten — das erklärt alles.

Wurstvergiftung? In der Bonner Klinik ist ein in besinnungslosem Zustande von seinem in Remagen liegenden Schiffe eingelieferter Schiffer gestorben, nachdem seine Ehefrau bereits zwei Tage früher in Remagen gestorben war. Wurst, von der die Eheleute gegessen haben, ist beschlagnahmt worden.

Eine Niederlage des preußischen Kriegsministers. Der bekannte Militärschriftsteller Oberst a. D. Gaedke wurde vom Berliner Schöffengericht von der Anklage, vom Jahre 1905 ab fortgesetzt unbefugt den Titel „Oberst a. D.“ bezw. „Oberst“ geführt zu haben, obwohl ihm auf Veranlassung des Kriegsministers durch ein Ehrengericht die Führung des Diensttitels und des Rechts des Tragens der Militär-Uniform aberkannt worden ist, freigesprochen. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, er habe die Ueberzeugung erlangt, daß der Angeklagte nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit untersteht, mithin sei sowohl das Urteil des Militär-Ehrengerichts als auch die Kabinetts Ordre vom 27. Februar 1904 rechtsungültig. Mithin sei der Angeklagte von der Anklage gegen § 360 8 des Strafgesetzbuches von Strafunkosten freizusprechen. Im Auftrage des Kriegsministeriums wohnte der Geheime Kriegsrat Romen und außerdem Oberstaatsanwalt Isenbiel der Verhandlung bei. — Oberst Gaedke hatte bekanntlich gegen sich selbst Strafverfolgung beantragt, um die Sache zu einer prinzipiellen Entscheidung zu bringen.

Wenn der Herr Kaplan auf Reisen geht. . . . In der Erzählung „Der gastfreie Pastor“ gibt Erich Hartleben eine köstliche Satire auf wirkliche und markierte Naivität. Von Naivität nicht behindert, in der Befriedigung des Wissensdranges war ein Kaplan, dessen Reiseabenteuer die „Arb.-Ztg.“ in Dortmund also erzählt: „Ein Kaplan aus einem Städtchen im Münsterlande war nach Dortmund gekommen und hatte in einigen nicht ganz einwandfreien Kneipen sich ergötzt. Endlich mietete er eine Droschke und ließ sich nach einer Straße bringen, die erst vor kurzem den Namen gewechselt hat. Dort mag es ihm gefallen haben, denn er blieb 4 Tage hier in Dortmund. Er fuhr wiederholt nach der Straße mit dem neuen Namen, bis ihn eines schönen Morgens ein Droschkenkutscher, von Hut und Ueberzieher entblößt, vorfand. Ebenso hatte er die Uhr dort gelassen. Der Kutscher beförderte ihn zur Stadt, wo der fromme Mann nicht bezahlen konnte. Es stellte sich heraus daß er in einem Hause in der W.-Straße eine beträchtliche Zeche schuldig geblieben war. Er ging dann noch in eine Wirtschaft am Burgtor, gab mehrere Kognaks aus und konnte auch da nicht bezahlen. Schließlich wurde er von einem Polizisten mitgenommen, aber bald darauf wieder gesehen. Vielleicht steht der Herr Sonntag auf der Kanzel und predigt gegen Unsittlichkeit und Völlerei.“

Verkehrte Welt. Daß Damen über einen geraubten Kuß erzürnt sind und zum Kadi laufen, ist ja schon dagewesen. Dem Böhmerlande blieb aber der entgegengesetzte Fall vorbehalten. Aus Tetschen wird berichtet: Vor dem Bezirksgericht hatte sich die 18jährige Kellnerin Martha Knebel aus Dresden zu verantworten. Sie hatte in der Nacht vom 25. auf den 26 Januar auf dem Perron des Bodenbacher Bahnhofs in übermütiger Laune einem fremden Manne einen Kuß gegeben. Der betreffende Herr ließ das Mädchen durch die Bahnhofspolizei verhaften. Der Richter verurteilte die Kußräuberin zu vierzehn Tagen Arrest, verschärft durch vier Fasttage. Nach verbüßter Strafe wird die Knebel nach Dresden abgeschoben werden.

Duellexerzei. Nach einer Meldung aus München fand an der Waldspitze bei Höllriegelkreuth ein Pistolenduell unter schweren Bedingungen statt. Grund dazu gaben verletzende Bemerkungen des einen Duellanten über die Braut des anderen. Im zweiten Gang wurde der Fordernde durch einen Schuß in die Herzgegend schwer verletzt. Absolut tödlich wäre der Schuß gewesen, hätte nicht eine kleine Kapsel, in der sich eine Haarlocke von der Geliebten befand, den Lauf der Kugel etwas abgelenkt.

Milde Strafe. Vom Kriegsgericht in Straßburg i. Els. wurden der Sergeant Wolff und der Musketier Bührer von der 11. Kompagnie des 132 Infant.-Regiments zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt. Sie hatten einen Rekruten bei der Scheibenarbeit durch einen Schuß quer durch den Brustkorb lebensgefährlich verletzt. Der aufsichtführende Feldwebel wurde freigesprochen.

Ein Hof- und Justizskandal. Der Prozeß gegen die ehemalige Kammerfrau der verstorbenen Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, gegen das vielgenannte Fräulein Anna Milewska, hat am Dienstag in Berlin unter sehr auffälligen Umständen eine abermalige plötzliche Unterbrechung erfahren. Die Angeklagte, die des Diebstahls beschuldigt wird, selbst aber behauptet, die ihr befreundet gewesene Prinzessin, eine notleidende Verwandte des Berliner Hofes, aus eigenen Geldmitteln unterstützt zu haben, lehnte nämlich die ganze Erste Strafkammer des Landgerichts II wegen Befangenheit ab. Die Begründung, die die Angeklagte für diese Ablehnung gab, war höchst merkwürdiger, um nicht zu sagen, aufregender Art. Sie erzählte nämlich, ihr Hauptgegner, der Herzog Ernst Günther (der Bruder der Kaiserin, der die Angeklagte seinerzeit in zweifellos widerrechtlicher Art von ihrer Herrin trennen und aus Aegypten abschieben ließ) habe ihr durch ihren Rechtsanwalt Gräfe gedroht, wenn sie den Vergleich, den er ihr anbiete, nicht annehme, so werde sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt werden. Das habe ihm (dem Herzog) der Richter selbst gesagt. Das Urteil gegen sie sei fix und fertig, noch ehe die Verhandlung begonnen hätte. Als hierauf die Angeklagte auch von dem Staatsanwalt etwas erzählen wollte, brach der Vorsitzende die Verhandlung mit großer Schnelligkeit ab und sprach die Vertagung aus. Frl. Milewska war vor Gericht durch zwei Verteidiger, den Rechtsanwalt Lubczynski und den Justizrat Wroncker vertreten; es ist kaum anzunehmen, daß sie den verblüffenden Vorstoß gegen den Gerichtshof gewagt hat, ohne sich zuvor mit diesen sehr besonnenen und ruhigen Anwälten ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Vielmehr scheint der Rechtsanwalt Gräfe nur deshalb aus der Verteidigung ausgeschieden zu sein, um auf alle Fälle ungehindert als Zeuge fungieren zu können. Frl. Milewska beantragte auch seine sofortige Vernehmung, die aber der Vorsitzende aus strafprozessualen Gründen nicht zuließ. Wohl niemals noch hat ein Angeklagter einem preußischen Gerichtshof solche Dinge ins Gesicht geschrieen, wie diese Angeklagte. Kaum ist jemals gegen preußische Richter ein schwererer Vorwurf erhoben worden. Würden sich die Behauptungen der Angeklagten bestätigen, so wären daraus auf den allgemeinen Zustand der preußischen Rechtspflege Schlüsse zu ziehen, die vorerst gar nicht angedeutet werden können! — Inzwischen ist auch schon das Dementi erfolgt; Herzog Ernst Günther läßt erklären, daß er mit keinem Richter aus dem Strafprozeß gesprochen habe.

Merkwürdige Briefadresse. Aus Klagenfurt berichtet man der „Voss. Ztg.“: Die hiesige Post erhielt jüngst einen Brief, der folgende Adresse trug: Dort, wo im schönen, grünen Kärtnerlande verfallene Mauern düster niederschauen aus öden Fensterhöhlen auf das Städtchen, gleichnamig mit der Münsterstadt, der alten, dort wohnt ein Lehrer deutschen Stammes und Namens. Die erste Silbe seines Namens weiset uns auf den hörnen Siegfried hin, der mutig den grimmen Wurm im düstern Tann erlegte. Die beiden letzten führen uns in ferne Zeiten, wo noch kein Pulver in den Wäldern knallte und nur der schnelle Pfeil das flüchtige Wild ereilte. Wenn findig ist die Post, muß es ihr bald gelingen, den Brief an richtigen Ort und Mann zu bringen. Lehrer Hornbogner in Straßburg (Kärnten), dem der Brief gehörte, gelangte wirklich in dessen Besitz, aber er entdeckte auf dem Umschlag neben der sonderbaren Adresse noch folgenden amtlichen Vermerk: Herr, verschone uns mit solchen Dingen, ein andermal könnte es mißlingen, die Post kann sich mit derlei nicht befassen, sonst müßt' sie alle Briefe liegen lassen.

Eisenbahnunglück. Bei der Station Macon entgleiste der Lyoner Schnellzug. Der Zugführer und ein Maschinist sind tot, mehrere Reisende schwer verwundet.

Vom parlamentarischen „guten Ton“. Wer es nicht glaubt, so las man dieser Tage im „Fränk. Kurier“, daß das bayerische Parlament eine Erziehungsanstalt für den guten Ton ist, der darf sich nur die parlamentarischen Berichte ansehen und verfolgen, in welch strenger Weise die beiden Präsidenten den Missetätern gegenübertreten, die gegen „Knigges Umgang mit Menschen“ und Ministern sündigen. Die erste Rüge in dieser Session zog sich der Zentrums Abgeordnete Bühl zu. Bei Behandlung der Anträge Dr. Daller und Genossen und Dr. Hammerschmidt und Genossen — Maßregeln für die durch Elementarschäden Heimgesuchten in der Pfalz und den übrigen Landesteilen — verstieg sich der besagte Volksvertreter zu folgender Aeußerung: „Bezüglich der Waldstreuabgabe kann ich den Hochverehrten aus Dutzenden von Beispielen nachweisen, daß die Staatsbehörde, oder richtiger ausgedrückt, die Forstbehörden, den reinsten Wucher betrieben haben. . .“ Der Präsident: „Ich muß dem Herrn Abgeordneten bemerken, daß es nicht angeht, ohne weiteres bestimmten Behörden den Vorwurf zu machen, daß sie Wucher betreiben.“ Mit unheimlicher Schnelligkeit folgte diesem Missetäter der Abg. Dr. Heim (Z.), der da ausführte: „Und erst mit den Forstbehörden, meine Herren! Wir lassen uns seit Jahren hier einseifen. . .“ Der Präsident: „Herr Abgeordneter, ich muß ablehnen, als Abgeordneter dieses Hauses anzuerkennen, daß ich mich von Behörden einseifen lasse!“ (Große Heiterkeit.) In derselben Sitzung erhielt der Abgeordnete Segitz (SD.) eine Zurechtweisung für seine Behauptung: „Ich halte es gerade für eine historische Pflicht, zu sagen, wie deutsche Minister über die Notlage des Volkes spotten, wie sie mit dem Volke Schindluder treiben. . .“ Vizepräsident: „Ich glaube, daß dieser Ausdruck zu weit geht.“ Der Abg. Müller-München I (SD.) leistete sich u. a. die Bemerkung: „Wie wär's, wenn die ministerstürzenden Parteien sich einigten und auf das Ganze losgingen? Wir tun dann mit, wir fegen — verzeihen Sie, Herr Ministerpräsident! — die ganze Ministergarnitur herunter.“ Vizepräsident: „Der Ausdruck „Ministergarnitur“ ist nicht angängig.“ Derselbe Abgeordnete sagte in einer anderen Sitzung: „Man hat, abgesehen von den Vorschlägen, die in dem Etat enthalten sind, die Petitionen gebürstet.“ Der Vizepräsident: „Petitionen werden in diesem Hause nicht gebürstet. . .“ (Gr. Heiterkeit.) Bei der Beratung des Hauptetats der Militärverwaltung flocht der Abgeordnete v. Vollmar u. a. ein: „Wir sind heute von Herrn Kollegen Dr. Hammerschmidt sozusagen gefrozzelt worden, wenn dieser Ausdruck parlamentarisch ist. . .“ Flugs antwortete darauf der Vizepräsident: „Nein, dieser Ausdruck ist nicht parlamentarisch!“ Darauf Abgeordneter v. Vollmar: „Nun, aber bayerisch ist er.“ (Große Heiterkeit.) Am 13. Januar — Militäretat — kam der liberale Abgeordnete Schmidt-Wunsiedel unter die Räder. Er polemisierte gegen den Abgeordneten Ehrhardt: „Bei uns findet sich keiner, der in solch roher Taktlosigkeit einen Kollegen angreifen würde. . .“ Vizepräsident: „Wenn der Redner die Worte „rohe Taktlosigkeit“ mit Bezug auf den Abgeordneten Ehrhardt gebraucht haben wollte, müßte ich sie als unzulässig zurückweisen.“ Abgeordneter Schmidt-Wunsiedel (gegen Abg. Müller-München I sich wendend): „Aber solche Behauptungen, die widersprochen sind, wieder vorzubringen, scheint uns nach einem lateinischen Grundsatz, den ich hier nicht sagen darf — man darf ja hier nicht Lateinisch reden — der aber sagt: „Es bleibt immer etwas hängen. . .“ Präsident: „Herr Abgeordneter, der erste Teil des Spruches, den Sie nicht zitiert, sondern nur angedeutet haben, ist mir nicht unbekannt. (Heiterkeit.) Ich muß doch wohl nicht annehmen, daß Sie den Willen hatten, damit auf einen Abgeordneten im Hause anzuspielen.“

Kreuzstock und schönem Gitterwerk; das Häuschen stand in einem Garten von nicht geringer Ausdehnung; aber jedes Beet, jeder Winkel war auf's sorgsamste bebaut. Blumen und Küchenpflanzen waren im Ueberfluß da, während ein Obstgarten mit reifen Birnen, köstlichen Aepfeln und Pflaumen von jeder Form und Farbe die Wohnung vor dem Wind bewahrte, gegen welchen der Wald im Hintergrunde keinen Schutz bot.

„Sie wohnen hübsch! Ihr Garten macht Ihnen alle Ehre.“

„Ich will so ehrlich sein, zu gestehen, daß ich keinen Anspruch auf das Lob habe,“ erwiderte Gerard.

Sie gingen in das Haus, wo eine alte, rüstige Frau sie empfing.

„Sie ist zu alt, um meine Frau, zu jung, um meine Mutter zu sein,“ sagte Gerard lächelnd, „aber sie ist ein gutes Geschöpf und sorgt schon seit langer Zeit für mich. Kommen Sie, gute Frau, bringen Sie uns Tee, das ist ein gutes Abendgetränk,“ und sich zu Egremont wendend, fügte er hinzu, „ich nehme es immer um diese Zeit. Und wenn Sie sich gern eine Pfeife anzünden, werden Sie Gesellschaft haben.“

„Ich habe dem Tabak entsagt,“ antwortete Egremont, „Tabak ist das Grab der Liebe,“ und sie traten in ein freundliches Zimmer ein, welches das wohnliche Aussehen hatte, dessen die „guten Stuben“ der Häuser auf dem Lande meistens entbehren. Ein eichener Tisch, einige Stühle aus Birkenholz und eine holländische Uhr bildeten das Möblement. Aber was Egremont in Erstaunen versetzte, das waren einige Bücherbretter, wohl versehen mit Büchern, deren Inhalt sich bei näherer Betrachtung als sehr merkwürdig erwies: er deutete auf einen Gelehrten. Egremont las die Titel von Büchern, die er nur dem Namen nach kannte, die aber von den wichtigsten und höchsten Fragen der sozialen und politischen Wissenschaft handelten. Als er sich die Bücher näher ansah, sagte sein Gefährte: „Ah, ich sehe, Sie halten mich für einen ebenso großen Gelehrten, wie Gärtner, aber in Wahrheit, diese Bücher sind nicht mein.“

„Wem immer sie gehören,“ bemerkte Egremont, „nach dem Inhalt zu urteilen, muß ihr Eigentümer ein sehr guter Kopf sein.“

„Ja, ja, die Welt wird noch von ihm hören, obgleich er nur ein Arbeiter und der Sohn eines Arbeiters ist. Er war nicht in Ihren Schulen, nicht in Ihren Gymnasien, nicht auf Ihren Universitäten, aber er kann seine Muttersprache schreiben, wie Shakespeare und Cobbet sie schrieben, und das muß man können, wenn man auf das Volk Einfluß haben will.“

„Und darf ich nach seinem Namen fragen?“ sagte Egremont.

„Stefan Morley, mein Freund.“

„Der Herr, welchen ich bei Ihnen in der Marney-Abtei sah?“

„Derselbe.“

„Und er wohnt bei Ihnen?“

„Nun, wir hielten Haus zusammen, wenn Sie es so nennen wollen; Stefan macht in dieser Beziehung nicht viel Mühe. Er trinkt nur Wasser und ißt nur Gemüse und Früchte. Er ist der Gärtner,“ fügte Gerard lächelnd hinzu. „Ich weiß nicht, wie es uns ergehen wird, wenn er uns verläßt!“

„Und er wird Sie verlassen?“

„Eigentlich hat er es schon getan. Er hat sich ein Häuschen, ungefähr eine Viertelmeile talaufwärts, gemietet und nur seine Bücher hier gelassen, weil er in ein oder zwei Tagen nach X geht. Geschäfte halber, die ihn vielleicht eine Woche in Anspruch nehmen. Die Bücher sind für jetzt sicherer hier, denn Stefan ist allein und er muß häufig fort; er gibt in Mowbray ein Blatt heraus, das ziemlich viel Arbeit erheischt. Er bleibt aber mein Gärtner, ich versprach ihm das. Schön, Frau,“ sagte Gerard, als die alte Frau eintrat, „ich hoffe, zu Ehren des Hauses ein gutes Gebräu. Nun, Freund, setzen Sie sich nieder; es wird Ihnen nach dem langen Weg sehr gut tun. Sie sollten Ihre eigenen Forellen essen, wenn Sie ein wenig warten wollten.“

„Auf keinen Fall. Sie werden Ihren Freund vermissen, denke ich.“

„Wir werden ihn oft sehen. Ich zweifle nicht daran, schon wegen des Gartens und der Umgegend; außerdem ist er vergleichsweise Herr seiner Zeit; seine Arbeit ist nicht wie die unsrige. Und obgleich die Ansprüche an seinen Kopf oft groß sind, wünschte ich, ich hätte ein solches Talent. Es ist ein trauriges Leben, wenn man jeden Tag dieselbe Sache zu derselben Zeit tun muß. Ich konnte aber meine Ideen nie anders als mit der Zunge ausdrücken, da fühle ich mich ziemlich zu Hause.“

„Es wird schade sein, wenn die Bücher aus dieser Stube fortkommen,“ sagte Egremont, um die Unterhaltung auf häusliche Dinge zu lenken.

„Allerdings“, sagte Gerard, „ich selbst habe sehr wenige, aber meine Tochter wird imstande sein, die Bücherbretter rechtzeitig wieder zu füllen.“

„Wird denn Ihre Tochter bei Ihnen leben?“

„Ja, und das ist der Grund, warum Stefan uns verläßt. Er blieb nur hier, bis Sybil mein Hauswesen führen kann, und dieser glückliche Tag ist jetzt nahe.“

„Das ist eine Entschädigung für den Verlust Ihres Freundes,“ sagte Egremont.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stellberg. — Verleger Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck